

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2013



-
- * 4 Bildungsrat - Gesellschaft im Spiegel *
 - * 8 Zentralplus - Caffè pubblico - online *
 - * 10 Businessmodelle - Serienpleitier im Rampenlicht *
 - * 14 Cham - Erfrischende Alternative *
 - * 18 Rohstoff - Massaker in den Philippinen *
-

2

3 Editorial

Räume, Schäume

4 Bildungsrat

Gesellschaft im Spiegel

7 Vollamt

Jetzt oder Initiative

Danke

8 Zentralplus

Caffè pubblico – online

10 Businessmodelle

Serienpleitier im Rampenlicht

12 Kampagne

Kleines Budget – grosse Wirkung

13 Fest

Frühlingserwachen

14 Cham

Erfrischende Alternative

16 Kantonsrat

Klotzen und Sparen

18 Rohstoff

Massaker in den Philippinen

20 Asylpolitik

Eine andere Schweiz

22 Majorz

Nein zum unfairen Majorz

23 Regierungsrat

Zuger Sitzzuteilungsmodell

24 Frontal

25 Kantonsratsfraktion

25 Service

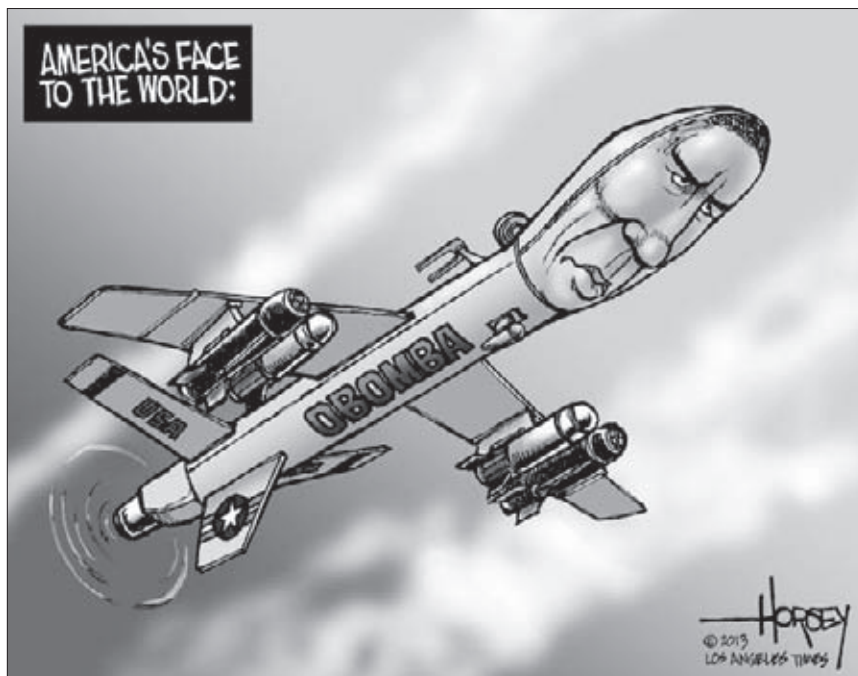
Kino

Büchermail

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



Ausgerechnet unter Barack Obama, dem ersten farbigen Präsidenten und Friedens-Nobelpreisträger (!) wurde der Drohnenkrieg massiv ausgeweitet, weitgehend unter dem Medienradar der westlichen Öffentlichkeit. Heute nehmen sich die USA das Recht, völlig willkürlich in anderen Staaten beliebig Menschen zu töten. Ohne Prozess, ohne UNO-Mandat, nach freiem Gutdünken und mit einem enormen Blutroll bei der Zivilbevölkerung. In den USA wird der Drohnenkrieg langsam ein Thema, wie der Cartoon von David Horsey zeigt ...

Cartoon: David Horsey, Los Angeles Times

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Räume, Schäume

Philippe Koch | Bild Philippe Koch

Während meiner Forschungsarbeit bin ich im Bundesarchiv auf einen interessanten Bundesgerichtsentscheid gestossen. Und zwar musste das Gericht klären, ob die Buslinien im Kanton Zug als städtische Linien oder Überlandlinien zu klassifizieren sind. So machte sich also eine Delegation des Bundesgerichts auf, um die Sachlage vor Ort zu klären. Sie kamen zum Schluss, «dass der Übergang zwischen den Orten Zug und Baar fließend ist; der Ortsunkundige würde ohne Hinweis nicht bemerken, wo die Grenze liegt und wo die eine Siedlung aufhört und die andere beginnt». Diese Begehung fand am 24. November 1969 statt.

Als ich 2006 bei der Alternative Kanton Zug – wie sie damals hiess – zu arbeiten begann, ging es darum, den Zusammenschluss der Lokalparteien unter einem kantonalen Dach zu festigen und die Vorteile aufzuzeigen. Ich erstellte viele Tabellen, sammelte und sortierte Daten, entwarf und verbreitete Vorlagen. Ab und an rief jemand aus den lokalen Gruppierungen an oder schickte eine E-Mail und fragte wie und warum dies oder jenes nun in die Parteizentrale – nach Moskau wie einige von Ennetsee oder vom Berg schmunzelnd nachschoben – geschickt werden müsse.

Etwa fünf Jahre später überzeugte mich Jo Lang den Wahlausschuss für die Nationalratswahlen zu leiten. Der Ausgang ist hinlänglich bekannt und muss nicht weiter erörtert werden (obwohl ich mich zu später Stunde und mit etwas Wein im Glas immer noch über viel Vorgefallenes ziemlich enervieren kann ...). Vor und während der Wahlkampagne hatte ich – meist beruflich oder privat – mit Menschen zu tun, die sich ebenfalls in einer Wahlkampagne engagierten. Einige waren bereits erfahrene Wahlkämpferinnen, andere waren



Philippe und Hannah schreiend im Alpenraum.

(wie ich) Frischlinge. Aber alle waren mit ähnlichen Problemen konfrontiert: wenig Geld, viel Administratives, das einen von den wirklich wichtigen Dingen abhält, Mobilisierung der Partei, Zugang zu lokalen Medien etc.

Und während der ganzen Zeit habe ich viele Stunden in Zügen, in Bussen, in verschiedenen Städten verbracht. Und – wenig erstaunlich, die Probleme, mit denen linke Stadtpolitikerinnen und -politiker zu kämpfen haben, sind überall plus ou moins dieselben: Hohe Mieten, Zentrumslasten, Segregation, Konflikte zwischen Verkehrsträgern.

Was sollen diese mehr oder weniger interessanten Episoden? Worauf will ich hinaus? Die Gemeinden und die Gemeindeautonomie sind wie die Tell-Sage oder die direkte Demokratie Teil der politischen Identität der Schweiz. Doch die Gemeindeauto-

nomie ist ein Mythos, der kein einziges politisches Problem mehr lösen kann, sondern nur welche schafft. Probleme in der Raumplanung sowie im Steuerwettbewerb sind seit einiger Zeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Doch es gibt weitere Beispiele. In der Ausländerpolitik führt die Gemeindeautonomie nicht nur dazu, dass die Möglichkeit zur Einbürgerung erschwert wird, sondern dass Personen aus der Türkei und dem Balkan systematisch diskriminiert werden (<http://www.citizen-ship.ch/>). Zudem:

Die Fragmentierung des politischen Raums erhöht die Kosten für die politische Arbeit – solange man sich nicht überregional koordiniert. Es ist kein Zufall, dass die Wirtschaftsverbände ihre Ressourcen auf nationaler Ebene bündeln. Vielleicht der wichtigste Grund für den Erfolg der SVP war und ist, dass sie sich in ihrer Partei- und Kampagnenarbeit nicht mehr an föderalistischen Strukturen orientiert. Schliesslich: Die kleinsten und hoch segregierten Schweiz macht es für Minoritäten und wenig privilegierte Gruppen sehr schwer, sich zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen. Dass Gemeinden sich grossräumig zusammenschliessen, bleibt wohl Zukunftsmusik. Aber politisch sinnvoll und realistisch wäre, wenn sich die Grünen Parteien stärker über die Kantonsgrenzen hinweg organisieren, mobilisieren und engagieren würden. ■

Gesellschaft im Spiegel

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Urs Kern

4 Alice Stäuble-Kern hat während 22 Jahren zunächst die SGA und danach die Alternative – die Grünen im Bildungsrat des Kantons Zug vertreten. Auf Ende 2012 hat sie ihr Amt Erwina Winiger übergeben. Das BULLETIN hat das Interview mit der alt Bildungsrätin am 21. Februar 2013 geführt.

BULLETIN: Was ist dein Fazit zu deiner lange Zeit im Bildungsrat?

Alice Stäuble: Die alten Themen sind auch die Neuen – aber anders.

BULLETIN: Kannst du das etwas ausdeutschen?

Alice Stäuble: Der Begriff Bildung steht für den lebensbegleitenden Entwicklungsprozess des Menschen. Bildung nimmt sich der gesellschaftlichen Themen an, muss sich ihrer annehmen. Verändert sich die Gesellschaft, passt sich die Bildung an. In vielen Bereichen gibt es kein Richtig oder Falsch, aber es gibt unterschiedliche Sichtweisen und Haltungen. Ein Beispiel: Als ich 1991 in den Bildungsrat eintrat, waren Kleinklassen gesellschaftlich anerkannt und erwünscht. Kleinklassen wurden nicht nur vereinzelt eingeführt, sondern sehr spezifiziert für die verschiedenen Beeinträchtigungsarten wie Sprachschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten oder Lernbehinderungen gestaltet. Damals hat man die Schülerinnen und Schüler aus der – wenn man so will – «integrativen» Schule separiert und wie beschrieben klassifiziert. In den letzten Jahren meiner Bildungsratstätigkeit wurde die Integration intensiv thematisiert. Die Kleinklassen bekamen eine andere Bedeutung, sie wurden als ausgrenzend erlebt und in der Folge abgeschafft. Allerdings, vor der Einführung der Kleinklassen hat niemand von «integrativer» Schule gesprochen. Sondern es war einfach üblich, dass alle in die gleichen Klassen gingen. Wer den Schulstoff nicht bewältigte, ist «hocken» geblieben. Lernende eines gleichen Jahrgangs besuchten dieselbe Klasse – das war «normal». Und wenn heute die Kleinklassen abgeschafft werden,



In vielen Bereichen gibt es kein Richtig oder Falsch, aber es gibt unterschiedliche Sichtweisen und Haltungen.

will man ja nicht genau in dieses System zurück, sondern spezifiziert innerhalb der Regeklassen und arbeitet mit Binnendifferenzierung. Neu ist heute, dass die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler beschrieben werden und aufgrund dieser Bedürfnisse ein Angebot gemacht wird. Das heisst, das alte Thema ist zwar auch das neue, aber es wird anders angegangen als vor 22 Jahren.

BULLETIN: Die Bildung ist also das Abbild der Gesellschaft?

Alice Stäuble: Ja, ich finde, dass viele Themen, mit denen sich die Schule beschäftigt, mit der Individualisierung der Gesellschaft zu tun haben. Es geht nicht mehr darum, dass man die Klasse an einen bestimmten

Punkt bringt, sondern dass das einzelne Kind seinen Bedürfnissen entsprechend ein definiertes Ziel erreicht. Eine solche Aussage wäre vor 25 Jahren niemandem in den Sinn gekommen. Die Schule muss diesem Anspruch gerecht werden, weil die Kinder mit diesem Hintergrund in die Schule kommen. Es gehört in diesem Zusammenhang auch zu den Aufgaben des Bildungsrates, dafür zu sorgen, dass unter anderem die Stundentafel, die Schulfächer und die Tagesstruktur darauf abgestimmt sind.

BULLETIN: Welche weiteren Veränderungen lassen sich auf die gesellschaftliche Situation zurückführen?

Alice Stäuble: Die Blockzeiten und Tagesschulen wurden eingeführt, um die Stundenpläne den neuen Familienstrukturen anzupassen. Dass ein Kind nach Hause kommt, wenn das andere erst in die Schule geht etc. gehörte damit der Vergangenheit an. Diese beschriebene Form der Stundenpläne war in einer Zeit möglich, als rund um die Uhr jemand zu Hause war. Für den schulischen Tagesablauf war das eine einschneidende Änderung. Es ergab sich damit auch, dass erzieherische Aufgaben vermehrt durch die Schule geleistet werden. Eine weitere Erneuerung in dieser Zeit war die Einführung der frühen Fremdsprachen. Wir sind eine mobile Gesellschaft, die viel reist. Fremdsprachen sind in diesem Zusammenhang aber auch wirtschaftlich wichtig geworden. Die Schule muss Themen aufnehmen, die von der Gesellschaft verlangt werden, und die Gesellschaft hat sich verändert in den letzten 22 Jahren. Die Familienstrukturen sind vielfältiger, die Menschen sind mobiler und häufig kommt das Individuum vor der Gemeinschaft.

BULLETIN: Welches waren Meilensteine?

Alice Stäuble: Nebst den oben genannten, die Einführung des zweiten

Kindergartenjahres sowie das Obligatorium des ersten Kindergartenjahres. Dann war das Projekt «Gute Schule» und in der Folge die verschiedenen Anpassungen wie etwa die geleitete Schule. Damals ging es auch darum, wie viel Zeit Schulleitenden zur Verfügung stehen sollte, um insbesondere die Personalarbeit zu leisten. Der Bildungsrat war sich der diesbezüglichen Herausforderung bewusst und beantragte entsprechend grosse zeitliche Ressourcen. Die Schulleitungsarbeit sollte keine Alibiübung werden. Doch wir spürten den politischen Gegenwind, der Kantonsrat hat das anders gesehen und das Zeitgefäss massiv verkleinert. Was ich wirklich gut finde, ist, dass heute den Schulleitenden eine adäquate Ausbildung zur Verfügung steht, um ihr Handwerk zu erlernen.

Weitere Meilensteine sind die Umstrukturierungen, ausgelöst durch den NFA. Insbesondere die erweiterte Autonomie der Gemeinden in Schulangelegenheiten. Und natürlich auch die sinnige Namensänderung von «Erziehungsrat» zu «Bildungsrat».

BULLETIN: Welches waren die negativsten Erlebnisse im Rahmen deiner Tätigkeit?

Alice Stäuble: Ich war in einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterbildung der Lehrpersonen beschäftigte. Es entsprach meiner Meinung, dass die Lehrpersonen nebst ihren Pflichten ein Recht auf zehn Halbtage bezahlte Weiterbildung erhalten sollten. Das bedeutete aber auch, dass die Lehrperson ihre unterrichtsfreie Zeit dafür zur Verfügung gestellt hätte. So wurde es im Vorschlag des Bildungsrates festgehalten. Dafür wurde ich stark gemassregelt. Während ich der Überzeugung war, dass dieses Recht verankert sein sollte, empfanden es viele Lehrpersonen als unnötige Einmischung des Kantons. Es hat mich befremdet, auch weil ich

die Situation so falsch eingeschätzt habe. Ich habe daraus einmal mehr gelernt, dass man eine Sache durch ganz verschiedene Brillen betrachten kann. Von einer Gemeinde wurde ich sogar eingeladen, damit mich die Lehrpersonen diesbezüglich befragen konnten. Ich habe auch Briefe erhalten, in denen Lehrpersonen ih-

glied des VPOD, unterstützte ich einen Vorstoss, der die integrative Oberstufe zum Thema hatte. Nun, selbstverständlich habe ich den Entscheid des Bildungsrates akzeptiert, aber hart war das schon.

BULLETIN: Kannst du mir die Aufgaben des Bildungsrates zusammenfassen?



Viele Themen, mit denen sich die Schule beschäftigt, haben mit der Individualisierung der Gesellschaft zu tun.

rem Ärger Luft gemacht haben. Das war ein unangenehmes, aber durchaus ein lehrreiches Erlebnis.

Eine grosse Enttäuschung war die Ablehnung der integrativen Oberstufe im Dezember 2011 durch den Bildungsrat. Mit der integrativen Oberstufe hatte sich der Bildungsrat intensiv auseinandergesetzt. Wir haben diesbezüglich viele Überlegungen gemacht, Beispielschulen besucht und uns beraten lassen. Dann kam es zu dieser ultimativen Abstimmung mit einem neu zusammengesetzten Bildungsrat – die Mehrheit war dagegen. Das war es dann, das Resultat dieser sorgfältigen, intensiven Arbeit war frustrierend. Dazu muss man sagen, dass die Probleme der Oberstufe seit Beginn meiner Zeit im Bildungsrat Thema waren, für mich sogar schon vorher. Bereits 1986, als Mit-

Alice Stäuble: Der Bildungsrat ist zuständig für strategische Entscheide im Bereich der obligatorischen Schulzeit. Wenn etwas aber wiederkehrende und erhebliche finanzielle Auswirkungen hat, dann braucht es die Zustimmung des Regierungsrates. Der Bildungsrat beschliesst die Schwerpunkte des Bildungsgesetzes, die Lehrpläne und legt entsprechenden Weiterbildungsbedarf für die Lehrpersonen fest. Er bewilligt kantonale Schulentwicklungsprojekte, beschliesst Rahmenbedingungen zum Qualitätsmanagement-Konzept der gemeindlichen Schulen und überprüft deren Einhaltung. Er legt die Schwerpunkte für die externe Evaluation fest, regelt zeitliche Verpflichtungen wie Schulferien, Blockzeiten, Unterrichtsverpflich-



Es geht nicht mehr darum, dass man die Klasse an einen bestimmten Punkt bringt, sondern darum, dass das einzelne Kind seinen Bedürfnissen entsprechend ein definiertes Ziel erreicht.

tung der Schüler und legt die Voraussetzungen für die Anerkennung von Privatschulen fest.

BULLETIN: Hat sich die Weiterbildung der Lehrpersonen auch verändert?

Alice Stäuble: In jenen Jahren, als der Bildungsrat noch die Weiterbildung der Lehrpersonen überprüfte und bewilligte, haben sich die Vorschläge zur Weiterbildung meiner Ansicht nach etwas eigenartig entwickelt – Richtung Esoterik, Wellness etc. Die Psychohygiene der Lehrperson beanspruchte viel Platz im Weiterbildungsangebot. Je stärker sich das Kursprogramm in diese Richtung entwickelte, desto unwilliger war der Bildungsrat, dies zu bewilligen. Man wollte lieber, dass die Lehrpersonen Weiterbildungen zu allgemeinbildenden Themen machten oder zum alltäglichen Unterrichtshandwerk, Fachdidaktik, Methodik und Pädagogik oder auch inhaltlich, zu Sprache, Musik usw. Heute ist das Angebot in meinen Augen sehr ausgewogen.

BULLETIN: Du warst Bildungsrätin, Rektorin an einer Privatschule, Lehrperson und selber Mutter eines schulpflichtigen Sohnes. War diese Vielfalt an Aufgaben nie ein Dilemma für dich?

Alice Stäuble: Es war mir immer bewusst, dass es eine pädagogische und eine politische Sichtweise gibt, etwas so oder anders zu machen; einfach war das aber nicht immer, jedoch meistens eine Bereicherung. Als Heilpädagogin liegt mir natürlich die pädagogische Sichtweise ganz besonders am Herzen. Es war mir ein Anliegen, dass in einem politischen Gremium, das gemäss Parteienstärke zusammengesetzt ist, auch die pädagogische Sichtweise vertreten ist. Da ich selber nicht nur Lehrperson, sondern auch Arbeitgeberin bin, habe ich einen zusätzlichen Fokus. Als Arbeitnehmerin, die selber unterrichtet, und als Arbeitgeberin, die dafür sorgen muss, dass das Geld hineinkommt und die Abmachungen umgesetzt werden, daneben die Personalarbeit und dann noch das politische Amt. Dadurch konnte ich das Ganze aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Entscheidungen, die wir im Bildungsrat fällten, mussten für alle Gruppen irgendwie «verheben». In erster Linie aber sollten sie den Schülerinnen und Schülern dienen, aber auch die Anliegen der Eltern aufnehmen und für die Lehrpersonen musste es machbar sein. Ich stellte mir die schwierige Aufgabe, jeweils zu versuchen, möglichst alle Aspekte zu berücksichtigen.

BULLETIN: Wieso hast du den Stab jetzt weitergegeben?

Alice Stäuble: Ich finde 22 Jahre sind eine gute Zeit und es kommt mir persönlich entgegen, weil ich etwas kürzertreten möchte, um anderen Dingen im Leben mehr Platz zu geben. Es ist auch gut, wenn neues Know-how kommt, ein neuer Wind und andere Erfahrungen. Ehrlich ge-

sagt, war mir nicht immer klar, welche Schwerpunkte die Alternativen bezogen auf die Schule setzen möchten. Insofern war ich hie und da unsicher, ob ich diese auch vertreten habe. Ich hätte mir manchmal gewünscht, dass sich die Alternativen – die Grünen intensiver überlegt hätten, welche schulpolitischen Themen sie wie und wo einbringen und unterstützen wollten. Insbesondere denke ich dabei an die Innovationschule. Zu Zeiten der SGA war ich anfänglich noch im Vorstand und dadurch näher dran, doch in den letzten Jahren mit dem Zusammenschluss der Alternativen – die Grünen bin ich etwas vom Parteigeschehen weggerutscht. Andererseits bin ich nur selten nach meiner Meinung zu einer Bildungsangelegenheit gefragt worden. Gelegentlich habe ich mich selber eingemischt. Mit Erwin Winiger kommt nun eine Person in den Bildungsrat, die in der Partei gut verankert ist. Gerne halte ich fest, dass ich das Amt bis zum Schluss mit Freude ausgeführt habe. Ich habe auch nicht aufgehört, weil der Bildungsdirektor aus der SVP stammt (lacht). Es ist nämlich so, dass ich mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei Regierungsräte aus allen Parteien erlebt habe. Schade eigentlich, dass kein SP-Regierungsrat dabei war.

BULLETIN: Welche Themen werden deine Nachfolgerin in naher Zukunft beschäftigen?

Alice Stäuble: Aktuell ist zurzeit die Überarbeitung der Reglemente zum Zeugnis und dem Übertrittsverfahren, die Themen «Besondere Förderung» und «Sek I plus», die Neugestaltung des 9. Schuljahres. Dann wird sie sich mit der Basisstufe beschäftigen dürfen.

BULLETIN: Ich bedanke mich herzlich für dieses Gespräch und wünsche dir alles Gute. ■

Jetzt oder Initiative

Jolanda Spiess-Hegglin, Alternative – die Grünen Stadt Zug

Vollamt, das; Wortart: Substantiv, Neutrum; Gebrauch: (helvetisch) Amt, dem sein Inhaber die volle Arbeitszeit widmet. Es ist doch paradox: Da bringt ein Zuger FDP-Stadtrat, welcher gleichzeitig als Vermögensverwalter tätig ist, eine reiche Witwe mutmasslich um ihr Vermögen. Wir Alternativen reagieren schnell und fordern das Vollamt für den Stadtrat, möglichst sofort. Und was lässt der Zuger FDP-Präsident Jürg Strub in der «Neuen Zuger Zeitung» vermelden: «Dies ist für uns kein Thema.»

«Bodenhaftung»?

Politische Weitsichtigkeit hat sich bei Jürg Strub nicht breitgemacht. Sogar Stadtpräsident Dolfi Müller bezeichnete die Ereignisse rund um Ivo Romer «als ziemlichen Steilpass für das Vollamt». Doch Strub ist nicht der einzige, der vor den Tatsachen die Augen verschliesst. Der für Romer in den Stadtrat nachgerückte Karl Kobelt (FDP) singt in den Medien (nach Bekanntwerden der Affäre Romer!) ein Loblied auf das heute geltende Hauptamt: «Das heutige System ermöglicht es den Stadträten, die Nähe zur Wirtschaft zu behalten. Das gibt Bodenhaftung.» Ja wohl. Und nicht zu vergessen: sehr, sehr viel Spielraum. Es bleibt zu hoffen, dass die FDP ihre Position in nächster Zeit überdenkt. Ein weiterer Fall Romer möchte wohl auch die FDP nicht.

Volksinitiative für Vollamt

Heute arbeiten Stadträte im Hauptamt. Nebenbei können sie so ziemlich alles tun, was sie wollen. Sie können beispielsweise noch eine eigene Firma leiten. Interessenkonflikte mit dem Stadtratsamt sind heute Programm. Die Alternativen – die Grünen der Stadt Zug fordern nach der Affäre Romer erst recht das Vollamt – losgelöst von der Lohnfrage. Leitet der Grosse Gemeinderat nicht die nötigen Schritte in diese Richtung ein, werden wir eine Volksinitiative lancieren. Dank unserem Kampagnenhelfer Ivo Romer dürfte es ein Kinderspiel sein, die nötigen Unterschriften bald zusammenzubringen. Denn die Wähler

haben ein Anrecht auf Persönlichkeiten in der Stadtregierung, die sich voll und ganz ihrer Regierungstätigkeit widmen können. Denn dass das Stadtratsamt ein 100%-Pennum ausfüllt, darüber müssen wir wohl gar nicht diskutieren.

Eine alte Forderung

Übrigens, für die etwas jüngere Leserschaft, welche sich wie die Schreiberin nicht an die politischen Forderungen des letzten Jahrhunderts erinnern kann: Schon 1990 forderten wir die Einführung des Vollamts. Mir wurde überliefert, dass wir damit damals kläglich scheiterten. Dabei geht mir ein Licht auf: einmal mehr wird salonfähig, was wir Alternativen schon vor Jahren forderten. In Jürg Strubs FDP-Jahresrückblick ist übrigens zu lesen: «Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig glaubwürdige, integre und nicht Eigeninteressen verfolgende Persönlichkeiten in politischen Ämtern sind.»

Da hat er allerdings Recht. ■

Stand nach Redaktionsschluss:

Der GGR der Stadt Zug stimmte am 19.03.13 deutlich für das Vollamt. Die Alternativen – die Grünen der Stadt Zug gratulieren dem GGR, aus dem Fall Romer gelernt zu haben. Die angekündigte Volksinitiative wird, sofern der Entscheid auch nach der 2. Lesung bestätigt wird, hinfällig.

Danke, Philippe!



Philippe Koch verlässt unsere Redaktion, was wir sehr bedauern. Seit Mitte 2007 – genau genommen seit der BULLETIN-Nummer 3 – warst du ein Redaktionsmitglied. In dieser Zeit ist einiges an Wasser die Lorze und Limmat hinuntergeflossen. In diesen Jahren sind Abstimmungen und Wahlen an uns vorbeigezogen, die du jeweils mit deinen scharfsinnigen Analysen kommentiert hast. Du hast dich an 23 BULLETINS mit total 644 Seiten beteiligt. Wenn man das in Buchstaben übersetzt, waren das ungefähr 2 Millionen Zeichen, die bestellt, verfasst, kontrolliert oder redigiert werden mussten. Und nicht vergessen, ein Redaktionsmitglied ist auch für die Leerzeichen verantwortlich!

Wenn wir uns nicht erzählt haben, dann erschienen 19 – namentlich von dir gekennzeichnete – Artikel und gefühlten 100 weiteren bist du Pate gestanden oder hattest die redaktionelle Verantwortung. Du warst in der Sache unerbittlich und menschlich sehr umgänglich. Das Bier nach der Sitzung war Pflicht und die Redaktionssitzungen waren oft sehr lustig, gerade dann, wenn die Nerven dünner wurden. Wir geben dich nicht gerne her. Wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute und hoffen, dass uns deine Wahl- und Abstimmungsanalysen erhalten bleiben.

Das BULLETIN-Redaktionsteam

Caffè pubblico – online

Philippe Koch, BULLETIN | Bilder Philippe Koch

8 Im Januar 2013 wurde das Onlinemagazin **zentral+** (www.zentralplus.ch) lanciert. Als neues Sprachrohr für die Zentralschweiz will **zentral+** das Monopol der LZ Medien (Neue Luzerner Zeitung, Neue Zuger Zeitung, Zentralschweiz am Sonntag) aufbrechen und zu einer Verbesserung der öffentlichen Debatte beitragen. Philippe Koch hat mit Nick Mijnsen, Initiator des Projekts und VR-Präsident der MMV online AG, die **zentral+** herausgibt, gesprochen.

Als ich von Zürich her kommend nach Zug, Fridbach, unterwegs war, um mit Nick Mijnsen zu sprechen, fragte ich mich, wo die Zentralschweiz wohl beginne und wo sie aufhöre: Irgendwo im Tunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg? In Zürich denken die meisten Menschen an Japaner und verkrustete Denkweisen, wenn sie «Zentralschweiz» hören. Ich hingegen denke an Rohstofffirmen, Steueroasen und den spürbaren Wunsch trotz Globalität wiesengrüne Schweizer Idylle und Heimat zu empfinden. Das Spannungsfeld zwischen Bollywood-Kulisse, politischer Provinz, Rückzugsort globaler, superreicher Nomaden und Kafi-Träsch-Gemütlichkeit, dieses Spannungsfeld, das ist die Zentralschweiz, denke ich.

Politischer Raum Zentralschweiz

«Die Zentralschweiz ist ein politischer Raum, der sich nicht als solcher wahrnimmt», sagt Nick und führt mir den realen, politischen Alltag in der Zentralschweiz vor Augen, den ich, wie ich merke, kaum mehr kenne. «Wenn in den letzten fünf, zehn Jahren ein Austausch, eine Debatte zwischen den ehemaligen Antagonisten in der Steuerpolitik, Zug und Luzern, wenn also über die Kantonsgrenzen hinweg eine politische Diskussion über die Steuerpolitik und deren Konsequenzen entstanden wäre, dann sähe die Situation heute sowohl in Zug als auch in Luzern anders aus. Doch für eine solche Diskussion braucht es ein Forum, ein Gefäss. Die Medien der LZ-Gruppe hatten und haben da-

ran kein Interesse.» Einleuchtend, dass hierfür **zentral+** ideal gewesen wäre.

Veränderte Medienlandschaften

Die Medienwelt ist seit einiger Zeit im Umbruch. Einerseits lässt sich eine Konzentration der Verlagshäuser beobachten. Andererseits zeigt sich eine Fragmentierung des Medienangebots und der -nutzung. Neben den traditionellen Zeitungen sind in den letzten Jahren Onlineangebote, Gratiszeitungen, Blogs und andere spezialisierte Gefässe getreten. Als Konsequenz zeigt sich, dass sich in gewissen – vor allem städtischen – Gebieten die Medienvielfalt halten konnte, bisweilen sogar ausgebaut wurde. In anderen Regionen jedoch dominieren einzelne Medien die öffentliche Diskussion. In der Zentralschweiz ist, dies muss hier nicht betont werden, letzteres der Fall.

Gegen Medienmonopole, gegen Kampagnenjournalismus

Für Nick Mijnsen war das Ziel, die dominante Stellung der LZ-Mediengruppe zu brechen, wesentlicher Antrieb **zentral+** zu lancieren. Denn das Monopol, gepaart mit eindeutig politischen Zielen habe sich immer mehr in einem kaum erträglichen Kampagnenjournalismus geäussert, der einer produktiven, öffentlichen Debatte schade. Und erst die Monopolstellung der LZ Medien hat diesen Kampagnenjournalismus ermöglicht. Denn gäbe es unterschiedliche, sich kontrollierende Medien, wäre es für die einzelne Zeitung nicht so einfach, gewisse Themen aufzublasen und an-

dere zu ignorieren. Wettbewerb zwischen Medien versteht Nick Mijnsen vor allem als Sicherung für Ausgewogenheit und Qualität. «Denn wenn die Bevölkerung nicht mehr ausgewogen informiert wird, wenn Diskussionen nicht mehr in der Öffentlichkeit geführt werden können, leidet letztlich das politische Leben, die Demokratie.» **Zentral+** ist eindeutig ein gesellschaftspolitisches und nicht in erster Linie ein gewinnorientiertes Projekt; ähnlich der Basler Tageswoche, mit der von Beginn an auf technischer Ebene zusammengearbeitet wurde. Konkret wird **zentral+** von der MMV online AG herausgegeben. Neben der Aktiengesellschaft existiert der Verein Medien.Meinungen.Vielfalt (M.M.V.), ideelle Träger-schaft und Schnittstelle zu den Lesenden, eine Stiftung wird in den nächsten Wochen gegründet. Verein und Stiftung sollen zur finanziellen Absicherung von **zentral+** beitragen und das Onlinemagazin gesellschaftlich verankern.

Nur online als Weg

Die Idee, ein neues mediales Gefäss für die Zentralschweiz zu gründen, nahm vor rund drei Jahren Gestalt an. Im Kopf sei sie schon länger gewesen, wie Nick erläutert. Die «Zuger Presse» hatte zwar für eine gewisse Zeit tatsächlich ein Gegengewicht zur Dominanz der LZ Medien hergestellt, «doch war es realistisch zu glauben, dass sich grad in Zug zwei Zeitungen halten können, wenn sogar in grösseren Städten wie etwa Basel Monopolzeitung entstanden», fragt Nick mehr rhetorisch denn nostalgisch.



Nick Mijnsen: Voller Durchblick dank zentralplus.

Aber wieso und wie soll es jetzt klap-
pen? Dies ist wohl die Zehn-Millio-
nen-Dollar-Frage. In der Antwort
wechseln sich bei Nick Mijnsen Hoff-
nung, eindringlicher Überzeugungswil-
le und das Wissen um mögliche
Schwierigkeiten ab. Eine Marktanaly-
se habe gezeigt, dass eine Nachfrage
nach Qualitätsjournalismus in der
Zentralschweiz bestehe. Die Entschei-
dung, ein Onlinemagazin zu gründen
und auf eine Printausgabe zu verzich-
ten, reduziere die Kosten und damit
den finanziellen Druck enorm. Zudem
biete das Onlineformat neue Möglich-
keiten für Qualitätsjournalismus, so
können etwa Themen über längere
Phasen verfolgt, die Hintergrundber-
ichterstattung somit vertieft und in
Dossiers jederzeit einsehbar abgelegt
werden.

Community

Ja, online zu gehen, sei wohl die
wichtigste Entscheidung der letzten

Jahre gewesen, stellt Nick fest. Für
viele Zeitgenossinnen und Zeitge-
nossen sind Onlinemedien ungewohnt
und wenig sinnlich. Die Vorstellung,
am Morgen zum Kaffee nicht die papiere
Zeitung zu lesen, sondern mit der
Fingerspitze auf einem Tablet durch
die Onlineausgabe einer Tageszeitung
zu streichen, ist für viele ungewollt
wahrgeordnete Science-Fiction. On-
linemedien sind Gegenwart – wie diese
selbsttragend werden können, ist aber
immer noch Zukunft. Alle schauen
gespannt nach Amerika und Eng-
land, ob und wie Paywalls funk-
tionieren. Auch für zentral+ sind diese
Erfahrungen wichtig. Aber mir
scheint, für Nick Mijnsen ist eine
andere Frage wichtiger: Nämlich wie
das sinnliche und gemeinschaftliche
Erlebnis einer Zeitung – das Lesen,
das Diskutieren über das Gelesene –
wie dieses Erlebnis in das Online-
zeitalter übersetzt werden kann.

Nick Mijnsen spricht von den
Zeiten in Italien, der Gründerzeit der
Republik, als die Menschen in Bars
«caffè» tranken, Zeitung lasen und die
«res publica» diskutierten. In die-
sem Bild kommt ein Bürgersinn zur
Sprache, der im Verlauf des Ge-
sprächs immer wieder auftaucht.
Online zu gehen, so Nick Mijnsen,
ist denn auch mit der Hoffnung ver-
bunden, dass sich eine regionale
Community bilden kann. Zentral+
bietet zahlreiche Möglichkeiten des
Austauschs, der Diskussion. In sei-
nen Augen ist eine mögliche Aufga-
be des Vereins, diesen Community
Gedanken über das Onlinemagazin
hinaus lebendig werden zu lassen.
«Die Menschen diskutieren online,
aber sie sollen sich auch in der realen
Welt mit der Zentralschweiz ge-
meinsam auseinandersetzen kön-
nen. Das wäre ein Erfolg.» ■

zentral+ kann man unterstützen

Bei zentral+ (www.zentralplus.ch) sind
momentan drei Redaktionsmitarbeitende
fest angestellt. Bis Ende Jahr sollen es
sechs sein, um so den Anspruch an
Themenvielfalt bei gleichzeitiger Tiefe
erfüllen zu können. Um dieses Ziel zu
erreichen, müssen zusätzliche Einnahmen
generiert werden. Als Leserin und Leser
kann man zentral+ unterstützen, etwa
indem man für einen spezifischen Arti-
kel online spendet oder indem man Mit-
glied des Vereins Medien.Meinungen.
Vielfalt wird. Mit der Stiftung sollen grö-
ssere Einzelspenderinnen und -spender
angesprochen werden.

Serienpleitier im Rampenlicht

Franz Stoller, freier Journalist | Illustrationen BULLETIN

10

Schon mehrmals hat das BULLETIN über die Machenschaften des Finanzschwindlers Jürgen Käfer (z. B. Max Entertainment) berichtet und unter anderem die Samthandschuhe kritisiert, mit welchen die Zuger Justiz bisher Käfer und Konsorten behandelt hat. Nun hat SRF 1 einen DOK-Film ausgestrahlt, in dem der Kanton Zug zu Recht ganz schlecht weg kommt.

Ihren Medienauftritt hatten sich Jürgen Käfer und seine Frau Karin wohl anders vorgestellt. Exakt zwei Jahre und vier Monate nach dem Bombenattentat in Pfäffikon (vgl. BULLETIN 4/2010) wurden sie ungewollt über Nacht zu Medienstars. Statt als erfolgreiche Unternehmer wurden die beiden in der DOK-Sendung «Die Verführer» des Schweizer Fernsehens vom 28. Februar 2013 als systematische Finanzschwindler dargestellt und in einem Atemzug mit Graumarktgrössen wie Heinz Piroth und Micky Berresheim genannt.

Schon lange im Geschäft

Regelmässige BULLETIN-LeserInnen erinnern sich sicherlich noch an die Schneeballsysteme in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, welche die klangvollen Namen wie GEM-Collection und Z-AG trugen. Schon damals war Käfer an vorderster Front mit dabei. Im Jahresrhythmus wurden neue Firmen gegründet und Geschäftsideen kreiert, die nur eine Botschaft hatten: Wie kann man in kürzester Zeit viel Geld verdienen. Das Dumme daran: Einzig Käfer verdiente Millionen damit, hinterliess

aber zahllose konkursite Firmen und geschädigte Privatpersonen, die an seine Geschäftsideen glaubten, dabei aber teilweise ihr gesamtes Vermögen verloren. Obwohl Käfer ein Berufsverbot in der Schweiz und in Deutschland für den Vertrieb von Finanzprodukten hat, treibt er immer noch ungestraft sein Unwesen, konstruiert weiterhin neue Luftschlösser am Laufmeter und dies weitgehend unbehelligt seit über 20 Jahren.

Heimtückisches Vorgehen

Subtil zeigt der DOK-Film auf, mit welcher üblen Tricks mutmassliche Finanzschwindler ihre Opfer umgarnen und ausnehmen. Die Interviewpartner Strafrechtsprofessor Daniel Jositsch und der auf Wirtschaftsdelikte spezialisierte Staatsanwalt Roland Meier aus Schwyz zeigen klar und deutlich auf, welche Limiten das Strafrecht aus dem Jahr 1937 hat und wo man den Hebel ansetzen müsste. Doch bis zu einer Revision des Strafrechts könnten noch Jahre vergehen. Auch weiterhin profitieren Finanzbetrüger von der Gesetzeslücke mit dem zwingenden Nachweis der Arglist, die erst eine Verurteilung ermöglicht. Unmissverständlich äussert sich auch der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm zu diesem Thema. Heftig kritisiert er die Finanzmarktaufsicht und ihre unrühmliche Rolle in verschiedenen Verfahren, sowie die «Schonkultur», die sie gegenüber Finanzbetrüger betreibt. Tobias Lux, Pressesprecher FINMA, wirkte mit seinen einstudierten Sätzen wenig glaubwürdig.

Breitseite gegen Staatsanwaltschaft Zug

Im Filmbeitrag von Peter Basler muss die zuständige Zuger Staatsanwältin für ihre vorschnelle Einstellung des Max Entertainment Verfahrens harsche Kritik einstecken. Zur Erinnerung: Das Zuger Obergericht hob mit Urteil vom 4. Oktober 2012 die Einstellungsverfügung auf und zwang



Das aktuellste Luftschloss der Käfer-Clique: Sensei Energy AG.



Lohnt sich als Video herunterzuladen:
DOK-Film «Die Verführer».

die Staatsanwaltschaft zur Wiederaufnahme des Verfahrens – eine nicht erwartete Schlappe! Mehr als fünf Jahre dauert nun das Verfahren gegen Käfer schon, und es ist bisher nichts Zählbares herausgekommen, obwohl die Beweise buchstäblich auf der Hand liegen. Besonders eindrücklich ist hier die Szene im DOK-Film, wo der Geschädigte Gerd Eder verzweifelt fragt, wieso er von den Zuger Behörden nie zu einer Zeugen- einvernahme aufgeboten worden sei. Beim NicStic-Verfahren sieht es ebenfalls düster aus – einziger Lichtblick: Piroth und Berresheim sitzen seit letztem Sommer in Deutschland in Untersuchungshaft. Der Zuger Oberstaatsanwalt Christoph Winkler gelobte bei seinem Amtsantritt Besserung bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität – geändert hat sich gemäss unseren Beobachtungen bisher wenig.

Der Anlagefachmann und ehemalige Friedensrichter Beat Bütler bringt es im DOK-Film auf den Punkt, als er den Kanton Zug als «Eldorado für Wirtschaftskriminelle» bezeichnet – nicht nett, aber leider sehr zutreffend. Auch die Kritik des Motorradhändlers Gerd Eder aus Regensburg zur Verfahrensführung durch die Staatsanwaltschaft Zug ist berechtigt,

und sollte die Verantwortlichen in den Zuger Justiz- und Aufsichtsbehörden eigentlich nachdenklich stimmen. Dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat schliesslich die Weigerung der Staatsanwaltschaft Zug, im DOK-Film Stellung zu beziehen! Dass die Zuger Lokalmedien den Film bisher ignoriert haben, passt zum Zuger Schweigekartell.

Luxusleben auf Pump

Käfer gewährt auf seinem Facebook-Profil einen Blick in sein angebliches Luxusleben. Die Realität sieht aber ganz anders aus. Dem BULLETIN liegen die neuesten Betriebsregisterauszüge von mehreren ehemaligen Wohngemeinden vor. Trotz Millio-neneinnahmen aus der Max Entertainment AG stapeln sich bereits wieder die Zahlungsbefehle gegen das Ehepaar. Einigen Zuschauern wird die Szene an der Tankstelle in Wald die Zornesröte ins Gesicht getrieben haben – obwohl viele Rechnungen unbezahlt sind, fährt Käfer eine grosse Bentley-Limousine, ein Auto der allertuersten Luxusklasse. Jemand, der mit dem Fall bestens vertraut ist, meinte ironisch, Herr Käfer müsse immer Business-Class fliegen, damit er in der Touristenklasse seine Gläubiger nicht antreffe.

Wieder auf Tauchstation

Nachdem bereits die angeblich im Bambus-Biomassegeschäft tätige Firma Sensei Energy AG von Karin Käfer in Adliswil unbekannt verzogen ist, hat der Käfer-Clan auch in Wald die Zelte abgebrochen. Dies kurz nach der Ankündigung des DOK-Films im Kassensturz. Hinterlassen hat er – wen überrascht es – unbezahlte Mieten. ■

Hinweis:

Der DOK-Film lässt sich auf dem Videoportal von www.srf.ch/player/tv/sendung/ als Stream aufrufen oder als Video herunterladen.



«Danke sagen möchte ich auch für eure immer wieder beeindruckende und aufrüttelnde Arbeit und Berichterstattung.» (Feedback einer Leserin auf das Bulletin Nr. 1/2012)

Mit dem Ohr am Puls der Politik

Wir sind ein engagiertes Team, das 4-mal im Jahr eine Zeitschrift herausbringt, die ihresgleichen in der Schweiz suchen kann. Das machen wir aus Überzeugung, mit viel Engagement und weil wir das Herz auf dem linken Fleck haben. Unser Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, die Arbeit im Team macht Spass. Das Redaktionsteam bestimmt die Inhalte, korrigiert, redigiert, lektoriert, schreibt manchmal auch Artikel, sorgt für Kontakte zu potenziellen Autorinnen und Autoren, sorgt dafür, dass die Artikel fristgerecht eintreffen, hat das Ohr am Puls der Politik und weiss ungefähr, was auf der politischen Traktandenliste (national und kantonal) steht. Die Redaktionsmitglieder sorgen dafür, dass die Aufgaben gemäss den eigenen Ressourcen verteilt werden. Für die Inhalte ist die Redaktion zuständig, sie ist also auch frei in der Auswahl der Themen. Nun suchen wir Verstärkung.

Hast du Interesse an dieser vielfältigen Arbeit? Bringst du Zuverlässigkeit und Ausdauer mit? Bist du interessiert an ehrenamtlicher Arbeit? Willst du deine Fähigkeiten im Umgang mit Sprache anwenden?

Dann melde dich unter
bulletin@alternative-zug.ch

Wir freuen uns auf Verstärkung.
Das BULLETIN-Redaktionsteam

Kleines Budget – grosse Wirkung

Barbara Beck-Iselin, Co-Präsidentin Alternative – die Grünen Kanton Zug | Bild BULLETIN

12 **Politische Arbeit kostet neben viel Zeit auch Geld, das wissen alle. Und doch staunen viele, wenn sie erfahren, wie teuer eine Aktion oder eine Kampagne eigentlich ist, wie unglaublich wenig wir für viel Geld machen können. Sicher wird auch in den eigenen Reihen nur erahnt, wie klein unser Budget jeweils ist.**

Wenn eine Initiative oder ein Referendum zur Abstimmung kommt, müssen und möchten wir aktiv werden, unsere Meinung darlegen und für unsere Anliegen kämpfen. Bedingung ist aber, dass wir uns alle Aktionen und Kampagnen gut überlegen. Was können wir erreichen? Was liegt drin? Was müssen wir leider sein lassen? Sollen es Flyer in die Haushalte, Zeitungsinserate oder Standaktionen sein? Wir müssen bedenken, wer sich zeitlich wie viel einbringen kann, ob auch unsere Mitglieder eingebunden werden können, wen wir aktivieren können und wie. Wir überlegen, welche andere Organisationen uns helfen könnten und auch, wie viel Geld vorhanden ist oder organisiert werden kann. Wenn wir andere Parteien, Gruppierungen oder Interessensorganisationen finden, die mitmachen, wenn es gar ein breites Komitee gibt, dann können die Arbeiten und Kosten auf mehrere verteilt werden und es ist mehr möglich.

Beispiel Raumplanungsgesetz

Als Beispiel erwähne ich das Zuger Komitee «JA zum revidierten Raumplanungsgesetz». Dieses war breit abgestützt, zusammengesetzt aus Umweltorganisationen, Berufsverbänden und Parteien. Darum konnte hier mit grösserer Kelle angerührt werden. Zudem durften wir uns auf eine nationale Kampagne abstützen. Das Design war bereits entwickelt, Texte schon zusammengestellt, Slogans ausgearbeitet und ein Argumentarien angefertigt. Man hat uns viel Werbematerial zur Verfügung gestellt und die Plakate in der ganzen Schweiz aufgehängt. Lokal haben wir dann den Prospekt für Zuger Verhältnisse angepasst und in einer Auflage von



Eine Kampagne ist teuer. Erst recht, wenn sie hausgemacht ist.

10'000 Stück gedruckt, der Druck wurde uns über das nationale Komitee finanziert. Wir haben entschieden, diesen in jeden Zuger Briefkasten verteilen zu lassen. Allein der Versand hat uns 8'850 Franken gekostet. Inserate in diversen Zeitungen haben zusätzlich gut 6'000 Franken gekostet.

Was braucht's?

Eine kantonale Kampagne ist einiges teurer. Hier müssen wir Druck und Gestaltung von Flyern, Plakaten und Inseraten selber übernehmen. Die nächste Abstimmung zum Thema Majorz wird uns da besonders fordern, weil sie für uns besonders wichtig ist. Wir brauchen sehr viel Zeit und Geld sowie motivierte Mitglieder, um nur minim präsent zu sein. Damit wir Kosten für Inserate sparen, werden Testimonials (Kleine Inserat-Aufrufe mit einem Foto und der politischen Aussage) nur erscheinen, wenn Leute sich bereit erklären, die anfallenden Kosten

selber zu tragen. Beim Briefkastenversand versuchen wir zu sparen, indem wir einen Teil der Flyer selber verteilen. Mails versenden und Leserbriefe schreiben kann man gratis haben. Und diese Angebote nutzen wir auch. Leserbriefschreiberinnen und -schreiber sind nicht einfach zu finden, obwohl wir auch

Argumentarien zur Verfügung stellen. Jede positive Rückmeldung freut uns sehr.

Unsere Ressourcen sind beschränkt

Gerne würden wir mehr machen, mehr Missstände anprangern, mehr Unterschriften sammeln und mehr Vorstösse einreichen. Unsere Zeitressourcen sind aber beschränkt, unsere Kalender voll. Politik wird bei uns allen in der Freizeit gemacht. Gerade darum sind neue Hände, Helferinnen und Helfer bei Aktionen immer sehr gerne gesehen. Und ja, wir freuen uns auch, wenn gelegentlich eine grössere oder kleinere Spende eingeht. Denn schon sind wir an der Planung der nächsten Wahlen – 2014 naht. Der Wahlkampf vor drei Jahren hat ca. 200'000 Franken gekostet, so etwas können wir uns nächstes Jahr nicht mehr leisten. Damit wir einigermaßen gut vorbereitet sind, damit wir präsent sein und unsere Anliegen einbringen können, sind wir auf jede Hilfe angewiesen. ■

Frühlingserwachen

Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

Zum ersten Mal fand ein grosses Frühlingfest der Alternativen – die Grünen des Kantons Zug statt. Man kam zusammen, um zu feiern. Und nicht zu «schaffen» – so wollte es das Organisationskomitee unter der Leitung von Cornelia Mayinger. Die Einladung versprach ein Café zum Glück, Spiel und Spass für Kinder, ein Apéro und ein Diner dansant, frischgepressten Soul und Jazz und eine launige Versteigerung. Die BesucherInnen dankten es dem Organisationskomitee mit ihrem zahlreichen Erscheinen und einer ausgelassenen Stimmung. Ein herzliches Dankeschön an die OrganisatorInnen!

13



Erfrischende Alternative

Charles Meyer, Krifo, Bauchef Cham | Bild Paula Gisler

14

Auf den Gesichtern der Gemeinderäte zeigte sich plötzlich Betroffenheit. Eben hatte man sich noch freundlich begrüsst, die Gemeinderäte und die Führungsebene der Cham Paper Group (CPG), lächelnd, aber etwas fragend, weil der Gemeinderat (GR) nicht wusste, was hinter dem Wunsch der Firma steckte, kurzfristig einen Gesprächstermin mit dem gesamten GR zu erhalten. Dann wurde es klar: Die Papierfabrik stoppt ihre Maschinen, es werden vorerst 200 Arbeitsplätze abgebaut, 100 vielleicht ausgelagert und das Areal soll mit Wohnungen und Läden überbaut werden. Morgen wird die Presse orientiert. Wir waren verwirrt.

Natürlich hätte man das kommen sehen müssen. Als Bauchef habe ich sämtliche Generalversammlungen der CPG in meiner Amtszeit besucht und man konnte die Entwicklung vorausahnen. Wenn das Vorausgeahnte aber dann plötzlich wirklich wird, ist man trotzdem überrascht. Uns war allen sofort klar, dass dieser Schritt der CPG für Cham und seine Politiker eine Herausforderung sein wird. Wie reagiert ein alternativer Exekutivpolitiker auf solch eine Herausforderung, wie genau soll das Ziel aussehen und welche politischen Anliegen können dabei mit einfließen?

Das Ende trotz Innovation

Die CPG ist nicht einfach eine Firma von Cham. Nestlé und die Papierfabrik haben Cham über Jahrhunderte geprägt. Viele Bauten zeugen davon: Das von Adelheid Page aus Ruinen aufgebaute Schloss St. Andreas, die Nestlé-Villa im Zentrum und deren Umfeld mit dem Restaurant Milchsüdi erzählen Geschichten von Nestlé. Der Vilette-Park, mehrere Arbeitersiedlungen und Einfamilienhausquartiere von Cham bezeugen die 350-jährige Symbiose des Dorfes mit der Papierfabrik. Generationen von Chamer Arbeitern, Angestellten und Kadern der Papierei haben hier versucht und gelernt, gutes Papier herzustellen, das auf dem Weltmarkt eine Chance hat. Bis zuletzt wurde getüftelt und probiert, die letzte Erfindung, ein lebensmittelechtes, wasserundurchlässiges Papier für die Verpackungsindustrie erhielt

den Zuger Innovationspreis. Und nun dieser Entscheid: Maschinen abbrechen, Gelände aufwerten und umnutzen. 200 Stellen gehen verloren, 200 Lebensläufe werden durcheinandergebracht, 200-facher Stolz geknickt.

Umwandlung des Kerns

Bei der gewünschten Umzonung geht es nicht einfach um ein paar tausend Quadratmeter. Es geht um 11,5 Hektaren, um doppelt so viel, wie wir in der letzten Zonenplanrevision für das Wachstum zur Verfügung gestellt haben, Raum für 2000-3000 Einwohner, also 15 bis 20 Prozent Wachstum auf einen Schub, und dies mitten zwischen zwei Ortsplanungsrevisionen, die eigentlich 15 Jahre halten sollten. Und dieses Gebiet liegt nicht an der Peripherie, es liegt nahe am Zentrum und ist im Laufe der Entwicklung umwachsen worden von Wohnbauten. Es ist also nicht irgendein kleines Stück Land draussen vor der Stadt, es ist das Herz der Stadt, der Kern und Ausgangspunkt ihrer wirtschaftlichen Existenz und Entwicklung. Die Herausforderung, die hier auf uns zukommt, verlangt Antworten, welche Chams Entwicklung entscheidend beeinflussen werden. Wie gleist man als alternativer Politiker einen solchen Prozess auf und welches Ziel soll er haben?

Macht oder Konsens

Solch bedeutende Prozesse haben in der Regel viele wirtschaftliche und politische Interessen im Hintergrund

und normalerweise laufen sie über die Machtfrage. Wer setzt sich durch? Der Eigentümer oder die Behörde? Und wenn die Behörde uneins ist, welche Fraktion? Welche Partei? Welche Einzelpersonen? Nun haben alternative Exekutivpolitiker nicht gerade eine ermutigende Machtbasis, es wäre also von vornherein falsch, sich einsam auf den Weg der Machtfrage zu begeben – um dann immer wieder heldenhaft unterzugehen. Das kann nicht im Interesse der Stadt sein. Einen solchen Prozess auf alternative Art durchzuführen, kann nur darin bestehen, einen Konsens zu suchen zwischen Bevölkerung und Eigentümer. Er kann nur darin bestehen, alle Interessen aller Beteiligten transparent auf den Tisch zu bringen und in Diskussion mit Eigentümer, Parteien, Kommissionen und Bevölkerung eine Lösung zu suchen, die alle Seiten mittragen können. Es muss ein partnerschaftlicher Prozess sein. Die Machtfrage darf sich dabei nur darauf beschränken, bei allen Partnern Ehrlichkeit und Offenlegung der Interessen zu fordern, sie gegenseitig als gleichberechtigt anzukennen und diese dann in einem Gesamtwerk dem Entscheid des Souveräns vorzulegen.

Rahmenbedingungen

Nun gibt es aber doch für jeden Partner ein paar Rahmenbedingungen, welche erfüllt sein müssen, bevor er sich auf solch einen kooperativen Prozess einlassen kann. Im Falle der Papierei wurden diese Rahmenbedingungen in informellen Gesprächen im kleinsten Kreis zwischen den künftigen Partnern vorsichtig andiskutiert. Es sollte ein minimaler Konsens und ein Code of Conduct ausgehandelt werden, bevor wir mit offiziellen Gesprächen und grossen Delegationen begannen. Wir mussten diesen Weg suchen, denn wäre es in grossen Gremien zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen gekommen, wäre ohne Gesichts- und



Die Papierei ist nicht einfach eine Firma von Cham. Nestlé und die Papierfabrik haben Cham über Jahrhunderte geprägt.

Machtverlust kein Einlenken möglich gewesen. Also mussten die Rahmenbedingungen von vornherein gesetzt werden. Nicht mit Macht, sondern mit persönlicher Überzeugungskraft. Anfangs lagen die Welten weit auseinander. Verständlicherweise. Aber das Offenlegen der eigenen Interessen und das Anerkennen der Interessen des Andern haben doch mit der Zeit zu einer gegenseitigen Wertschätzung und zu einem vorsichtigen Vertrauen geführt. Am Ende konnte jeder Partner seiner Seite folgendes Modell vorschlagen: Wir planen gemeinsam, teilen die Kosten dafür fifty-fifty, haben im Prozess gleichviel Stimmrecht und unterstellen unsere Auseinandersetzung einem erfahrenen Moderator. Es wird so lange diskutiert, bis wir uns einigen.

Nutzen für alle

Dies ist ein ungewöhnliches Modell. Eine Alternative quasi zum üblichen Machtkampf. Und es war für beide Seiten nicht einfach, dieses Modell auf Anhieb zu verstehen. Aber, es gelang, den Verwaltungsrat der CPG

und den «Verwaltungsrat» der Gemeinde, die Gemeindeversammlung, dafür zu gewinnen. Fast ohne Gegenstimme erhielten wir den Kredit für dieses ungewöhnliche Vorgehen. Seither laufen alle Diskussionen und Entscheidungen nach diesem Prinzip. Es entwickelt sich in der Projektgruppe eine Kultur, in der die unterschiedlichen Interessen anerkannt werden und man nach Lösungen sucht, die alle integrieren: Denkmalschutz, Wohnungsmix, Rendite, Arbeitsplätze, Freiraum, sozialer Wohnungsbau, Erdgeschossnutzung, Zugang zum Fluss, Landabtretung als Planungsausgleich usw. So gelang es uns – nur als kleines Beispiel –, in einem der Grundsätze festzuhalten, dass die Entwicklung des Geländes für beide Seiten einen finanziellen Ertrag bringen soll. Dem Eigentümer wie auch der Stadt. Und um diesen finanziellen Ertrag zu beziffern, liessen wir bei der Uni Luzern ein gemeinsam bezahltes neutrales Gutachten erstellen. Es gibt darüber Auskunft, welche Varianten von Bebauungsmix dem Ei-

gentümer wieviel Gewinn einbringen – im Vergleich zu den Erstellungskosten, und der Stadt wieviel Steuererträge – im Vergleich zu den sozialen Kosten (Schule, Sozialhilfe, Infrastruktur etc.). Wachstum muss für beide Seiten positive Auswirkungen haben.

Abenteuer mit unbestimmtem Ausgang

Ob sich dieser partnerschaftliche Geist bis zum Ende, also über die öffentliche Mitwirkung, den gemeinsamen städtebaulichen Wettbewerb bis zur Abstimmung an der Urne durchhalten lässt, werden wir sehen. Beide Seiten lassen sich da auf ein Abenteuer mit unbestimmtem Ausgang ein – wie in jeder partnerschaftlichen Beziehung. Bis jetzt führt er jedenfalls weit über das übliche Kompromissverhandeln hinaus und führt zu ganz neuen Ergebnissen. Wir verhandeln nicht mit Gegnern, sondern mit Partnern. Und wir erleben das als eine echte und erfrischende Alternative zum bisher üblichen Machtkampf. Ich bin gespannt, wie es weitergeht. ■

Klotzen und Sparen

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Kanton Zug | Bild Postkarte von 1910

16

Viel Geld hat der Kanton für Bauprojekte wie Strassen oder das Verwaltungszentrum. Gespart wird dann bei Renten und Bildung. Auf den folgenden Seiten nimmt Stefan Gisler, Präsident der gemeinsamen Fraktion die Grünen – Alternativen (AGF) und der CSP, eine Jahresbilanz der Arbeit im Kantonsrat vor. Er ist seit zehn Jahren im Rat und erlebt gemäss eigener Aussage heute den gesellschaftlich konservativsten und wirtschaftlich neoliberalsten Kantonsrat.

Die Zuger Regierung propagiert in Strategie und Raumplanungsgesetz langsames Wachstum – auf Papier! Zwar stossen unsere Vorschläge zu zahlbarem Wohnen, Schutz der Landschaft, zu Verkehrsberuhigungen, Bevölkerungswachstum nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei Bürgerlichen auf Verständnis – ohne Umsetzungswirkung! Konkrete Massnahmen, welche die negativen Folgen des rasanten Wachstums abfedern, werden nicht getroffen: Das Leben wird für die Bevölkerung immer teurer – die Umwelt leidet unter Zubetonierung und Mehrverkehr (allein zwischen Zug und Baar um 21% mehr Autos seit 2008!). Im Gegenteil – Forderungen, Steuern für Reiche und gewinnstarke Firmen weiter zu senken sowie die Ankündigung von Sparpaketen gehören bei den Bürgerlichen zum guten Ton.

Bei Bildung und Betreuung sparen

Negative Folgen haben die wirtschafts- und standortpolitisch völlig unnötigen kantonsrätlichen Steuer-senkungen für die Gemeinden. Die Stadt Zug hat um Millionen Franken tiefere Steuererträge. 2013 zwang der Grosse Gemeinderat den Stadtrat zu einem 3,5-Millionen-Sparpaket – die Hälfte wird in der Bildung gespart; z.B. werden grössere Schul-klassen gefordert. Wenn die reichste Stadt im reichsten Kanton bei der Bildung sparen muss, sind wir definitiv am Ende des Steuerdumpings angelangt.

Im Rat geht es oft auch um Macht vor Inhalt. Das zeigt sich in unproduktiven Angriffen auf gesamtregie-

rungsrätliche Vorlagen, wenn diese von der Direktorin des Innern, Manuela Weichelt-Picard, vertreten werden. Die ALG-Regierungsrätin schlägt sich dabei sehr gut – was nicht immer honoriert wird, so bei den Sparmassnahmen für die Betreuung von schutzbedürftigen Kindern und Erwachsenen.

Parlamentsarbeit

Mut macht zwischendurch der gute menschliche Umgang zwischen den Ratsmitgliedern. Und so macht mir persönlich die Tätigkeit im Kantonsrat Freude, und wir von der AGF können durchaus bewegen! Im bürgerlichen Block SVP, CVP, FDP, GLP gibt es mehr Differenzen als früher. Darum gelang es der AGF, Abstimmungen teils mit Unterstützung von SVP («unheilige Allianzen»), FDP (wenn die mal wirklich gesellschaftlich «liberal» abstimmten) oder CVP (wenn Familie nicht nur auf dem Etikett stand) zu gewinnen oder zumindest Achtungserfolge zu erzielen. Parlamentsarbeit ist wichtig – zentral für gesellschaftliche Verbesserungen bleibt aber, mit öffentlichen Auftritten den Kontakt zur Bevölkerung zu suchen und Volksabstimmungen als Chance zu nutzen. Darum sind wir von der Fraktion auf die Mitarbeit und Unterstützung aller «Alternativ-Grüner» angewiesen.

«High- and Lowlights» des Jahres

- **Kantonale Mittelschulen:** Die AGF wollte Lehrpersonen und Schülerinnen nicht zumuten, lange Zeit in Provisorien zu lehren und zu lernen, was zudem auch Mehrkosten in Millionenhöhe verursacht.

Darum setzen und setzten wir uns für die bereits fertig geplanten Erweiterungsbauprojekte der bestehenden Schulen Kanti, kgm, FMS/WMS, GIBZ und Brückenangebote ein. Dazu forderten wir einen neuen zusätzlichen Schulstandort Cham. Baudirektor und Rat stoppten die Projekte leider und spielten die Standorte Cham und Menzingen gegeneinander aus. Im Mitwirkungsverfahren haben sich unsere Vorschläge durchgesetzt. Die Regierung folgte uns fast gänzlich und schlägt vier Standorte vor: Gymi Menzingen, Kanti Zug, FMS an der Hofstrasse, neue Kanti in Cham.

- **Kindes- und Erwachsenenenschutz:** Mit grossem Engagement von Regierungsrätin Weichelt-Picard, der AGF sowie aller Bürgergemeinden des Kantons konnte der Rat überzeugt werden, dass der Kanton das «Vormundschaftswesen» koordiniert. Leider erwies sich die angebliche Familienpartei CVP, die dagegen war, als schlechte Verliererin und brachte im Rahmen der späteren Budgetdebatte durch, dass 1,3 Millionen gestrichen werden. So werden Kinder, älteren Menschen und Schwächere nicht mehr oder schlecht betreut. Das ist ein Armutszeugnis.
- **Alterspolitik:** Der Kanton wollte die Gemeinden bei der Herausforderung der Betreuung immer mehr älterer Menschen stützen – der Rat verhinderte dies. Schlechtere Leistungen und höhere Kosten für die Gemeinden sind wohl die Folge.
- **Polycom:** SVP und AGF forderten ein zukunftsfähiges, preisgünstiges Kommunikationssystem für die Polizei, Sanität und Feuerwehr. Äusserst knapp sagte der Rat Ja zu 20 Millionen für das veraltete Polycom-System.
- **Bahninfrastruktur:** Mit Vehemenz setzt sich Martin Stuber für einen guten ÖV ein, dazu gehört in der Frage Doppelspurusbau Walch-



Proporz-Werbung aus dem Jahre 1910 – so alt ist dieses Anliegen schon.

wil die Variante Murpfl. Diese ist massiv günstiger, ermöglicht den Halbstundentakt der S2 zwischen Zug und Arth-Goldau und belastet die AnwohnerInnen in Walchwil nicht mit jahrelangem Baulärm. Zudem verhindert sie eine zweijährige Streckensperrung just ab dem Tag der Eröffnung des Gottard-Basistunnels. Als die Regierung am Sitzungstag die schlechte Vorlage zur Doppelspur in Walchwil zurückzog, war dies ein Riesenerfolg.

- **Wahlgesetz 1 – Nein zu Majorz:** Die traditionelle Zuger Proporzwahl sorgt seit 1894 dafür, dass die Anliegen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger sowie alle massgeblichen Kräfte im Regierungsrat, im Stadtrat oder im Gemeinderat vertreten sind. Das führt zu konstruktiver Politik. AGF, SVP und SP setzten sich im Rat als einzige dafür ein. FDP (sie profitieren in der Regierung 1x, in Oberägeri 1x und im Zuger Stadtrat gleich 2x vom Proporz), CVP, GLP wollen Majorz. Auch um ihre Macht mittels Regeleränderung zu halten. Die Volksabstimmung ist am 9. Juni 2013!
- **Wahlgesetz 2 – Ja zu Zuger Doppelporz:** Jede Stimme zählt!

Dieses Prinzip wird bei den Zuger Kantonsratswahlen massiv verletzt. In kleinen Gemeinden sind bis zu 33 % der Stimmen wertlos. Die AGF setzt sich wie die Regierung für den Zuger Doppelporz (Pukelsheim) ein. Der Rat wird im Mai entscheiden – die bürgerlichen Parteien wehren sich vehement gegen fairere Wahlen, obwohl das Bundesgericht klar sagt, dass unser Wahlgesetz die Schweizer Bundesverfassung verletzt.

- **Gemeindegesezt:** Über den Antrag der AGF, dass die Gemeindeversammlungen das Recht erhalten soll, das Stimmrecht für AusländerInnen mit C-Niederlassung freiwillig einzuführen, wollte der Kantonsrat (im Gegensatz zur Kommission) gar nicht erst abstimmen. Feige!
- **Energiebeiträge:** Der Rat sagte Ja zu Förderbeiträgen für mehr Energieeffizienz bei bestehenden Wohnhäusern.
- **Verwaltungszentrum und Pensionskasse:** Als einzige Fraktion wandte sich die AGF gegen den hohen Projektierungskredit von über 30 Millionen für ein neues Verwaltungszentrum. Wir zweifeln ob dem Sinn und der Effizienz der Verwal-

tungszusammenlegung. Absurd war die Argumentation der Bürgerlichen, der Kanton habe ja die 500 Millionen! Es sind dieselben, welche nun die Renten für die Kantonsangestellten (die, welche im neuen Zentrum arbeiten sollen) um 12% senken wollen. Die AGF wehrt sich gegen Rentenkürzungen und Bau-Gigantismus.

- **Kinderbetreuung:** Jeder Keibstand braucht eine Bewilligung – doch der Rat entschied, dass alle ohne Bewilligung und ohne Meldepflicht einen Kinderhort, eine Tagesstätte aufmachen können. So wenig liegt FDP, CVP und SVP an unseren Kindern, dass für deren Betreuung kein Qualitätsnachweis nötig ist!
- **Rohstoffmultis:** Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Zuger Firmen im Ausland interessieren den Rat nicht – unser Vorstoss zu einem sauberen Wirtschaftsstandort (auch im Zusammenhang mit der Fusion Glencore/Xstrata) wurde ignoriert. Ein FDP-Politiker ging so weit zu sagen, dass Korruption in Förderländern halt üblich sei und Firmen sich dem nicht verschliessen können (sollen?). ■

Massaker in den Philippinen

Aus bethlehemmission.wordpress.com | Bild Rappler.com; LRC-KSK-FOEI

18

Vor kurzem ist an einer Ureinwohner-Familie im Süden der Philippinen ein Massaker verübt worden. Die Familie setzte sich gegen den Bergbau des schweizerisch-britischen Minenkonzerns Xstrata mit Sitz im Kanton Zug ein. Dieser Artikel zitiert einen Blog von MitarbeiterInnen der Bethlehem Mission Immensee.

In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 2012 drang eine Militäreinheit des 27. Infanteriebataillons der philippinischen Armee ins Dorf Bong Mal in der Provinz South Cotabato auf den Philippinen ein und erschoss die schwangere Mutter der Familie Capion und ihre beiden Söhne in ihrem Haus. Eine anwesende Nichte wurde verwundet. Die Familie gehört zu den Ureinwohnern der B'laan, welche ihr angestammtes Land in der Region Tampakan schon seit Jahren gegen die Ausbeutung und Zerstörung durch die lokale Bergbaufirma SMI (Saggitarius Mines Inc.) zu schützen versuchen.

Widerstand wird bestraft

SMI gehört zu 62,5 % dem schweizerisch-britischen Minenkonzern Xstrata mit Sitz in Zug, welcher auch über die Managementgewalt des Grossbergbauprojekts in Tampakan verfügt. Das Militär kannte bei ihrem Überfall auf die Familie Capion keine Gnade, zerrte die verstümmelten Leichen von Mutter und Kindern aus dem Haus und legte sie ausgestreckt ans Tageslicht, obwohl dies gegen die Tradition der B'laan verstösst. Der 36-jährige Vater der ermordeten Familie, Daguil Capion, ist einer der Anführer des B'laan-Volkes, welcher sich aktiv gegen die Ausbeutung des Ahnenlandes und gegen geplante Zwangsumsiedlungen zur Wehr zu setzen versucht. Bereits sein Onkel, der sich ebenfalls aktiv gegen den Bergbau auflehnte, wurde 2002 ermordet. Das Militär versucht, das Massaker an der Familie Capion als unglücklichen Zwischenfall beim Feuergefecht zwischen dem Militär und dem Rebellen Daguil Capion darzustellen.

Gezielte Aktion

Gemäss Aussagen von Nachbarn und einer Untersuchung durch die katholische Kirche vor Ort, kam es aber zu keinem Kreuzfeuer und das Massaker scheint eine gezielte Aktion des Militärs gegen die Aufständischen wie die Familie Capion zu sein, die sich gegen den Bergbau durch das Unternehmen SMI/Xstrata zu wehren versuchten. Die Philippinen sind reich an Rohstoffen. Geologen vermuten ein Mineralienvor-

kommen mit einem geschätzten Wert von 800 Milliarden bis zu einer Billion US-Dollar. Auf den Philippinen sollen die drittgrössten Goldreserven und die viertgrössten Kupferreserven weltweit vorkommen. Über die Hälfte der Landfläche mit Rohstoffvorkommen liegt aber auf Territorien von indigenen Völkern. Ein Drittel des vom Bergbau beanspruchten Landes verfügt noch über einen Regenwald von unvergleichbarer Artenvielfalt.

Riesenprojekt

Das Tampakan Kupfer- und Goldminen-Projekt von SMI/Xstrata ist das grösste Bergbauprojekt dieser Art in ganz Südostasien. Es liegt im angestammten Gebiet der B'laan. Auf



Juvy Capion, sitzend mit gekreuzten Armen und zwei ihrer drei Kinder. Der ebenfalls ermordete Sohn neben ihr stehend.

28000 Hektaren Land (grösser als die Fläche des Kantons Zug) möchte SMI/Xstrata Gold und Kupfer abbauen. Die lokale Bevölkerung befürchtet zu Recht, dass durch ein solches Grossminenprojekt ihr angestammtes Gebiet und ihre Umwelt massiv gefährdet werden. Eine Fläche von 20'000 Hektaren Wald, der in einem heiligen Gebiet der Ureinwohner liegt, müssten dazu abgeholzt werden. Das Gebiet ist zudem Wassereinzugsgebiet von fünf bedeutenden Flüssen der Region, welche für die Bewässerung weiterer 33000 Hektaren Landwirtschaftsland, vor allem Reisfelder, die Grundlage bilden.

Zwangsumsiedlungen

Obwohl die Interessen der indigenen Völker auf den Philippinen durch ein Selbstbestimmungsrecht (Indigenous Peoples Right Act) geschützt sind, und Umsiedlungen nur mit freiwilliger Zustimmung bei vorheriger In-Kenntnis-Setzung der Sachlage erfolgen darf (FPIC = free, prior and informed consent), wird diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstbestimmung der Urvölker einem neoliberalen Bergbaugesetz (Mining Act von 1995) gegenübergestellt, welches ausländischen Unternehmen Konzessionen mit nahezu ungehindertem Zugang zu den Rohstoffen des Landes gewährt. SMI/Xstrata profitiert von diesem unternehmerfreundlichen Bergbaugesetz und nutzt Widersprüche und mangelhafte Kontrollen der philippinischen Gesetzgebung zu ihrem Vorteil aus. Das Grossminenprojekt in Tampakan wird mit allen Mitteln vorangetrieben und ist sowohl für SMI/Xstrata, welche bereits 76 Millionen US-Dollar in Machbarkeitsstudien investiert hat, wie für die philippinische Regierung, welche mit 5,2 Milliarden US-Dollar die grösste Auslandsinvestition in der Geschichte der Philippinen erhält, von grosser Bedeutung. Da scheinen Men-

schenrechtsverletzungen und die Rechte der Ureinwohner eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Weitere Opfer

Am 17. Oktober 2011, knapp 10 Tage nach unserem Besuch bei den B'laan, wurde ganz in der Nähe der italienische Priester Fausto Tentorio, bekannt als «Father Pops» am helllichten Tag, beim Einsteigen in sein Auto, erschossen. «Father Pops» arbeitete während mehr als 30 Jahren in der Diözese Kidapawan und setzte sich in dieser Zeit unermüdlich für die Rechte der Urvölker, den Schutz ihrer Umwelt und gegen die Machenschaften der Bergwerkunternehmen ein. Über die Täter herrscht nach wie vor Unklarheit. Die Regierung hat die versprochene Aufklärung des Attentates bisher nicht aufgedeckt. Ebenso ist davon auszugehen, dass auch bei der Ermordung der Familie Capion die wahren Gründe des Attentates von der Regierung nicht aufgedeckt werden.

Solidarität wächst

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, Menschenrechtsbewegungen und die Kirche beginnen sich mit den B'laan zu solidarisieren und rufen zur Einhaltung der Menschenrechte auf. Das Massaker an Juvy Capion, ihren Söhnen sowie die Ermordung von «Father Pops» gehen nicht nur die Philippinen etwas an. Auch die Bürgerinnen und Bürger, Menschenrechtsbewegungen und die Kirche in der Schweiz sind aufgerufen, sich mit ihnen zu solidarisieren. Globaler Handel, der es Minenkonzernen wie Xstrata erlaubt, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Kauf zu nehmen, und die ihren Geschäftsführern Jahresentschädigung von 9,6 Millionen britischen Pfund ausbezahlen, verlangen nach globaler Solidarität und politischem Druck auf die Regierungen in Ländern wie den Philippinen und der Schweiz. ■

Vollständiger Artikel

Unter <http://bethlehemmission.wordpress.com/2012/11/20/> kann der vollständige Artikel gelesen werden. Die Verfasser des Artikels arbeiten seit April 2011 für die Bethlehem Mission Immensee auf den Philippinen. Die Bethlehem Mission Immensee (BMI) unterstützt seit 25 Jahren Freiwilligen-Einsätze in Entwicklungsprojekten auf den Philippinen. Vor einem Jahr erhielten Einsatzleistende der BMI die Gelegenheit, die Region in Tampakan und das Gebiet der B'laan zu besuchen.

Glencore und Xstrata

Die seit fünf Jahren weltweit grösste Fusion in der Rohstoffbranche verzögert sich: Der Vollzug des Zusammenschlusses der Konzerne Glencore und Xstrata könne nicht wie vorgesehen bis zum 15. März abgeschlossen werden. Die Verzögerung sei auf Kontrollen durch die Regierungsbehörden zurückzuführen, hiess es. Die EU-Kommission hatte für den Megadeal bereits im November 2012 grünes Licht gegeben. Ursprünglich hätte die Fusion der Rohstoffriesen noch im vergangenen Jahr über die Bühne gehen sollen. Die «Elefantenhochzeit» wurde aufgrund noch ausstehender behördlicher Genehmigungen zunächst auf Ende Januar und dann ein zweites Mal auf Mitte März verschoben. Der Rohstoffhändler Glencore und der Bergbaukonzern Xstrata hatten sich im Februar 2012 auf den Zusammenschluss geeinigt. Als «Glencore Xstrata plc» wollen sie einen der weltgrössten Rohstoffkonzerne bilden, wobei die gesamte Kette der Wertschöpfung vom Abbau über den Handel bis Lagerung und Transport unter einem Firmendach konzentriert ist. Der Jahresumsatz wird dann etwa 200 Milliarden Dollar betragen.

Eine andere Schweiz

Andreas Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz | Bild Junge Grüne Schweiz

20

Am 9. Juni stimmen wir ein weiteres Mal über das Asylgesetz ab. Im September 2012 wurde dieses von den Bürgerlichen verschärft, und die Änderungen per Dringlichkeit eingeführt. Dies hat uns Junge Grüne dazu veranlasst, gemeinsam mit über 80 Organisationen das Referendum zu ergreifen. Auch der Kanton Zug hat mit rund 1000 Unterschriften seinen Beitrag dazu geleistet.

Das Asylgesetz wurde 1979 verabschiedet und trat 1981 in Kraft. Es regelt die Asylgewährung und die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Schweiz. Während nach dem zweiten Weltkrieg mehrheitlich Flüchtlinge aus gebrochenen kommunistischen Staaten wohlwollend in der Schweiz aufgenommen wurden, veränderte sich der Diskurs seit den 80er und 90er Jahren. Wörter wie «Überfremdung» oder «Asylmissbrauch» fanden den Weg in unseren Wortschatz. Heute sprechen Politiker sogar schon von «Abenteuermigranten» und lassen eine Flucht durch Wüsten und über Meere wie ein jugendliches Backpacker-Erlebnis aussehen. Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem offiziellen Durchbruch des globalen Neoliberalismus entwickelte sich ein anderer Umgang mit Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten. Diese müssen seitdem nicht mehr auf kreuzzugartige Weise zum Neoliberalismus bekehrt werden, sondern haben ihren Platz im ausbeuterischen System von heute. Unter diesen Umständen wurde das Asylgesetz zum Gesetz mit Revisionen und Verschärfungen am Laufmeter. Bereits 1986 wurde das Gesetz zum zweiten Mal verschärft, heute nun stehen wir bei der 11. Verschärfung in gut 30 Jahren. Zweimal wurde das Referendum gegen die Verschärfungen ergriffen, zweimal schlug dieses fehl. Nach 2006, der erwähnten zweiten Niederlage, kam es zu einer kleineren Depression in der Asylbewegung, welche dazu führte, dass fortan die SVP die Wege in der Asyl- und Ausländerpolitik ebnete oder besser gesagt, verbarrikadierte. Mit einer regelrechten Hetzjagd wie zum Beispiel

mit der Minarett- oder Ausschaffungsinitiative gewann die Rechtsausserpartei unter gütiger Mithilfe der partizipierenden Medien kontinuierlich an Wähleranteil. Seit 2011 wissen wir, dass diese diskriminierende Politik wieder etwas an Dominanz verloren hat. Leider ist diese Neuigkeit jedoch noch nicht bis zu den selbsternannten Mitteparteien durchgedrungen, welche mit ihren absurden Verschärfungsneurosen die menschenfeindliche Politik in der Schweiz weiter vorantreiben.

Die aktuelle Revision

Am 9. Juni stimmen wir über eine Revision ab, die aus einer Kombination von Christoph Blocher, Eveline Widmer-Schlumpf und Simonetta Sommaruga entstanden ist. Gerade die ersten beiden waren darauf bedacht, die Anzahl Asylgesuche aus Glaubwürdigkeitsgründen möglichst schnell zu verringern und durch die Schweiz Repressionsmassnahmen «unattraktiv» zu machen. Bei Punkt vier, der Testphase, geht es um zukünftige Revisionen der aktuellen Bundesrätin, welche mit dem Bundesamt für Migration gerne ein holländisches Modell einführen möchte. Die Dringlichkeitserklärung des Parlamentes war dann der Versuch der bürgerlichen Mitteparteien, aus einer von der SVP geschürten ausländerfeindlichen Stimmung Profit zu schlagen.

Abschaffung des Botschaftsasyls

Bislang bestand die Möglichkeit, aus dem Ausland ein Asylgesuch in der Schweiz zu stellen. Das Gesuch wurde geprüft und die Person durfte nur einreisen, wenn sie wirklich schutz-

bedürftig war. Seit 2009 wurden dazu Erhebungen gemacht, in dieser Zeit waren es lediglich jede 8. Frau und jeder 12. Mann, welche eine Einreisebewilligung per Botschaftsasyl erhalten haben. Viele andere Länder Europas denken über die Einführung eines solchen Verfahrens nach. Gerade für die Hilflosen unter allen Schutzbedürftigen, namentlich Frauen, Kinder und Alte, führt die Abschaffung des Botschaftsverfahrens dazu, dass sie eine gefährliche, illegale Reise mit organisierten Schlepperbanden unternehmen müssen.

Desertion kein Asylgrund mehr

In vielen Staaten der Erde toben bewaffnete Konflikte und es ist ein fundamentales Recht, die aktive Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt zu verweigern. Die Schweiz hat diesen Schutz nun verwässert. In der zukünftigen Praxis ist es gut möglich, dass Deserteure nur noch eine vorläufige Aufnahme statt eines positiven Asylentscheids erhalten.

Einführung von besonderen Zentren

Die Schweiz bringt so genannt «renitente» Asylsuchende neu in besonderen Zentren (Lagern) unter, wenn sie zum Beispiel durch ihr Verhalten den ordentlichen Betrieb der Empfangs- und Verfahrenszentren erheblich stören. Was unter «erheblich stört» verstanden wird, ist objektiv nicht messbar und gehört deshalb in kein Gesetz. Lager haben noch nie etwas Positives bewirkt, sondern die Dinge nur verschlimmert.

Freipass für den Bundesrat

Der Bundesrat erhält einen Freipass für Testphasen im Asylverfahren für die nächsten drei Jahre. Im Rahmen der Testphase kann der Bundesrat die Beschwerdefristen gegen asylrechtliche Entscheide von 30 auf 10 Tage beschränken. Dies wird für Asylsuchende bedeuten, dass sie zu Unrecht einen negativen Entscheid erhalten



Die Jungen Grünen wehren sich gegen unmenschliche Verschärfungen im Asylgesetz.

werden, weil die Zeit zur Beweisbeschaffung im Ausland fehlt. Der Beschluss des Parlamentes, diese Vorlage für dringlich zu erklären, hebt die demokratische Entscheidung der Schweizer Bevölkerung teilweise aus. Das Parlament ignoriert die Bundesverfassung, die für dringliche Vorlagen zwingend voraussetzt, dass bei anderweitigem Vorgehen nicht wieder gutzumachende Nachteile entstehen würden.

Vorbild Holland?

Holland, das lange ein veraltetes Asylsystem hatte, gilt seit Neuestem als Vorzeigeland. Dabei werden alle eintreffenden AsylbewerberInnen in Baracken, umzäunt mit Stacheldraht, in grossen Zentren zusammengefasst. Vor Ort sind neben dem Sicherheitspersonal auch eine unabhängige Rechtshilfe, Nichtregierungsorganisationen und psychologische Betreuungsdienste mit dem Ziel, die Verfahrensdauer möglichst kurz zu halten, was auch durch verkürzte Rekursverfahren gelingen soll. Verkürzte Rekursfristen machen es für einige Menschen unmöglich, ihr Ge-

such aufgrund zeitlicher Faktoren genügend begründen zu können. Mit den genannten unabhängigen Stellen vor Ort könnte man von einem optimalen System ausgehen, wäre da nicht das grundlose Einsperren von Menschen, die damit als Kriminelle pauschalisiert werden, obwohl sie nur geflüchtet sind. Die Schweiz möchte auch gerne solche Durchgangszentren, gerade eben hat sich Zürich für die Testphase beworben. Die Lebensbedingungen in diesen Zentren gleichen einem militaristischen Tagesablauf mit Ausgangssperre und vielen weiteren einschränkenden Massnahmen.

Eine andere Schweiz

Max Frisch sagte 1965 «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.» Heute rufen wir die Arbeitskräfte nicht mehr in solch grossen Massen in die Schweiz, denn bei uns befinden sich nur noch die Headquarters der ausbeuterischen globalen Multis. Nein, heute rufen wir nach möglichst billigen Ressourcen, um unser Lebensstandard kontinuierlich zu erhöhen, und die Menschen

kommen trotzdem. Schon fast verwundert, versuchen wir an der Spitze des Eisberges Veränderungen anzubringen, welche dann ein komplett infiziertes System heilen sollen. Was es braucht, ist eine Systemänderung, einen Kurswechsel, der nur durch Anpacken an allen Ecken gelingen kann. Dieses Referendum bekräftigt, dass wir nicht gewillt sind, uns in eine menschenfeindliche Richtung zu bewegen, und es zeigt, dass wir für unsere Ideologien und Vorstellungen eintreten. Denn eines bin ich mir sicher: Wir wollen eine andere Schweiz. ■

Abstimmungskampf

Falls Sie unseren Abstimmungskampf gegen die unmenschliche Asylgesetzverschärfung nicht nur ideell, sondern auch finanziell unterstützen wollen, sind wir sehr dankbar für Spenden: Abstimmungskomitee Asylgesetz, Postcheckkonto PC 60-140821-1

Nein zum unfairen Majorz

Hanspeter Uster, von 1991 bis 2006 Regierungsrat des Kantons Zug | Bild Postkarte von 1910

22

Das Zuger Stimmvolk hat der Einführung des Majorzes für die Wahl der kommunalen und kantonalen Exekutiven schon zweimal (1997 und 2001) eine Abfuhr erteilt. Nun kommt dasselbe Ansinnen am 9. Juni 2013 wiederum vors Volk. Initiiert wurde diese Abstimmung durch eine von der CVP und FDP eingereichte Initiative.

Das Abstimmungskomitee «Ja zu Personenwahlen» wird von einer überparteilichen bürgerlichen Allianz von CVP, FDP und GLP getragen. Sie fordern, dass die Wahlen des Regierungsrates (kantonale Exekutive) und des Stadtrates Zug bzw. der Gemeinderäte der restlichen Gemeinden (kommunale Exekutiven) neu im Majorzwahlverfahren stattfinden. Während bei der Proporz- oder Verhältniswahl die zu vergebenden Sitze im Verhältnis der auf die verschiedenen Parteien abgegebenen

gleichem, werden dadurch aber nicht besser: Der Majorz gewährleiste die Wahl von Persönlichkeiten. Die Bevölkerung solle bestimmen, wer in die Regierung gehöre, nicht die Parteien. Auch Parteilose und Mitglieder kleiner Parteien bekämen so eine faire Chance, wird fälschlicherweise behauptet.

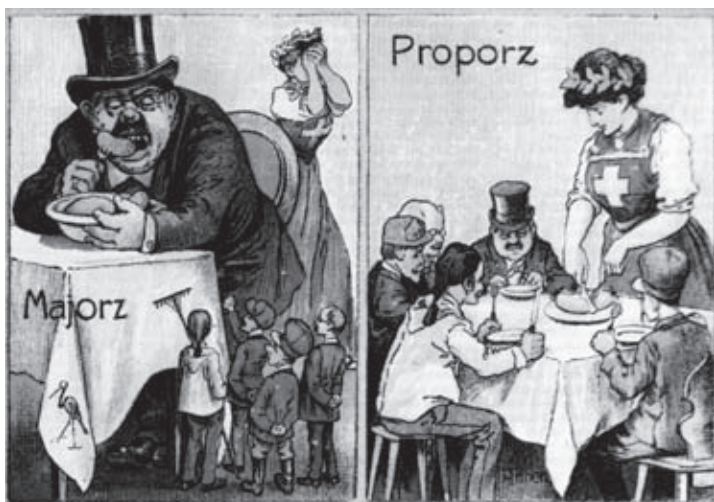
Proporz hat sich bewährt

Weiter wird beteuert, dass es sich bei der Majorzwahl um ein bewährtes System handle, weil ausser den Kantonen Zug und Tessin sämtliche Kantone nach dem Majorz wählen. Falsch, denn bewährt hat sich im Kanton Zug der Proporz: Schon seit 1894 werden die Exekutiven im Kanton Zug erfolgreich im Proporz gewählt. Auch schweizweit ist die Verhältniswahl für Exekutiven ein gängiges Wahlsystem: Ein Drittel aller Schweizer Gemeinden wählt so ihre Exekutiven.

In Kleinstgemeinden wählen, gesamtschweizerisch gesehen, zwar nur 17 Prozent ihren Gemeinderat nach dem Proporzverfahren. Der Anteil steigt aber mit zunehmender Gemeindegrösse und erreicht ab einer Grösse von 5000 Einwohnern – also diejenige Grösse, welche acht der elf Zuger Gemeinden haben! – über 70 Prozent. Der Proporz bewährt sich also gerade in grösseren Gemeinwesen.

Machterhaltungsversuch der Mitteparteien

Und wenn die Befürworterinnen und Befürworter der Majorz-Initiative behaupten, es brauche den Majorz, damit endlich Persönlichkeiten in die kantonale Regierung und die Gemeinderäte gewählt werden, dann stellt sich mir die Frage: Sind denn ihre jetzigen Vertreterinnen und Vertreter keine Persönlichkeiten? Letztlich geht es nicht um Persönlichkeiten, sondern um einen verzweifelten Machterhaltungsversuch der Mitteparteien, deren Wähleranteile kontinuierlich bröckeln. Mit welchen Bandagen sie kämpfen, zeigen auch die fragwürdigen Manöver, die sie führen, um ein gerechtes Wahlsystem für den Kantonsrat zu verhindern: Denn auch hier droht ihnen der Verlust weiterer Sitze, wenn der Kantonsrat gemäss den Vorgaben der Bundesverfassung gewählt wird. Aus all diesen Gründen: **NEIN zum unfairen Majorz!** ■



Postkarte aus dem Abstimmungskampf um die Wahlrechtsreform in der Schweiz, 1910.

Stimmen verteilt werden, wobei zuerst die abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt und daraufhin gestützt auf die dadurch ermittelten Parteistärken die Sitze den Parteien zugeteilt werden, werden die Sitze im Majorz- oder Mehrheitswahlverfahren direkt an die Personen mit den meisten Stimmen zugeteilt. Die Argumente der Befürworter des Majorzsystems bleiben dabei die ewig

Majorz stärkt die Parteiherrschaft

Mit dem Proporz haben auch kleinere Parteien eine Chance, in den Gemeinde-, Stadt- oder Regierungsrat gewählt zu werden. Aber werden profilierte Politikerinnen und Politiker aus kleineren Parteien nicht auch im Majorz gewählt? Als Beispiel wird immer wieder Hanspeter Uster genannt. Wenn aber bereits 1990 im Majorz gewählt worden wäre, hätte er die Wahl mit dem 9. Rang an persönlichen Stimmen nicht geschafft. Hanspeter Uster hätte mit dem Majorz also gar nie die Chance gehabt, dreimal mit einem guten, im Jahr 2002 sogar mit dem besten Resultat wiedergewählt zu werden. Mit dem Majorz – der ja angeblich Persönlichkeiten in die Regierung oder in den Gemeinderat bringen soll – wäre Hanspeter Uster nie gewählt worden.

Jonas Feldmann, Redaktor BULLETIN

Zuger Sitzzuteilungsmodell

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug

Die Kantonsratswahlen im Kanton Zug sind verfassungswidrig, so entschied das Bundesgericht. Das Risiko ist hoch, dass ohne Anpassung der Gesetzgebung künftige Kantonsratswahlen angefochten und durch das Bundesgericht aufgehoben werden. Um dies zu vermeiden, hat der Regierungsrat umgehend die Revision der Wahlvorschriften an die Hand genommen und beantragt dem Kantonsrat ein neues, verfassungskonformes Sitzzuteilungsmodell ab Oktober 2014.

Im Februar 2010 haben die Kantonalparteien der Alternativen – die Grünen, der SP, der CSP und das Unabhängig-Grüne Forum Hünenberg sowie sechs Privatpersonen beim Bundesgericht Beschwerde erhoben gegen den Beschluss des Kantonsrates vom 28. Januar 2010 betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden und den Beschluss des Kantonsrates vom 27. August 2009 betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes. Das Bundesgericht hat die Beschwerde im Hauptpunkt, d.h. bezüglich der Zuger Wahlkreiseinteilung, gutgeheissen.

Wählerstimmen gewichten

In seiner Begründung hielt das Bundesgericht fest, dass kein Wahlergebnis anerkannt werden sollte, das nicht den freien Willen der Wählenden zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck bringe. Ein Proporzwahlverfahren zeichne sich dadurch aus, dass es den verschiedenen Gruppierungen eine Vertretung ermögliche, die weitgehend ihrem Wähleranteil entspreche. Unterschiedlich grosse Wahlkreise würden bewirken, dass im Vergleich nicht jeder Wählerstimme das gleiche politische Gewicht zukomme.

Erfolgswertgleichheit

Im Kanton Zug ergeben sich heute die folgenden Sitzverteilungen pro Einwohnergemeinde im Kantonsrat und die entsprechenden natürlichen Quoren in den einzelnen Wahlkreisen (siehe Tabelle).

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts sind Wahlkreise, deren na-

türliche Quoren die Limite von 10 Prozent übersteigen, was im Kanton Zug in acht der elf Gemeinden der Fall ist, verfassungswidrig. Der verfassungsmässige Grundsatz der Erfolgswertgleichheit verlangt, dass alle Stimmen im ganzen Wahlgebiet genau gleich viel zur Wahl eines Mitglieds des Parlaments beitragen. Damit genüge das Zuger Wahlverfahren der Wahlfreiheit nicht. Politische Minderheiten seien vom Kantonsrat ausgeschlossen und eine grosse Anzahl von Wählerinnen- und Wählerstimmen blieben unbeachtet. Darin liege ein schwerwiegender Mangel, der mit den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts unvereinbar sei.

Eigenes Modell

Das Bundesgericht zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, um das Wahlverfahren für den Kantonsrat verfassungsgemäss umzusetzen: Grössere Wahlkreise, Bildung von Wahlkreis-

verbänden oder Sitzzuteilung nach der Methode Pukelsheim. Dieses Verfahren kennen seit einigen Jahren auch die Kantone Zürich, Schaffhausen und Aargau und es hat sich dort bewährt. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat deshalb, das (Proporz-)Wahlssystem und die historisch gewachsenen Wahlkreise, die Gemeinden, beizubehalten. Geändert werden soll lediglich das Sitzzuteilungsverfahren. Der Kantonsrat hat Ende Januar 2013 in erster Lesung das neue Modell für die Zuger Kantonsratswahlen beraten und einige systemfremde Elemente eingefügt. So kann heute nicht mehr von einer reinen Methode Pukelsheim gesprochen werden, sondern von einem neuen Zuger Sitzzuteilungsverfahren.

Gerechte Kantonsratswahlen

Das neue Modell ist gerechter als das bisherige Wahlsystem, weil damit alle Parteien genau nach ihrer Wählerstärke im Kantonsrat vertreten sein werden. Die grossen Parteien werden durch das Wahlsystem nicht mehr bevorzugen. Bei kleineren Parteien sind die Stimmen in Gemeinden mit wenig Sitzen nicht mehr wertlos, sondern werden auf Kantonsebene zusammengezählt. Jede Stimme zählt gleich viel. ■

Gemeinde	Einwohnerinnen/ Einwohner	Kantonsrats- mitglieder	natürliches Quorum in %
Zug	26 624	19	5,0
Oberägeri	5 611	4	20,0
Unterägeri	8 183	6	14,3
Menzingen	4 606	3	25,0
Baar	22 305	15	6,3
Cham	14 997	10	9,1
Hünenberg	8 624	6	14,3
Steinhausen	9 125	6	14,3
Risch	8 998	6	14,3
Walchwil	3 608	3	25,0
Neuheim	2 030	2	(33,3)

In der Gemeinde Zug kann schon mit einem Stimmenanteil von 5,0 Prozent ein Kantonsratsstz gewonnen werden, in Menzingen ist dafür ein Stimmenanteil von 25,0 Prozent erforderlich.



24

Das grosse Blocher-**Grouning** fand am 13. Dezember 2007 statt. Das kleine am 3. März 2013. Dem Grosskapitalisten und Ospel-Freund Blocher hat ein mittelständischer Mundwasser-Hersteller den Meister gezeigt.

Minder hat sich in Bern nicht von Blocher herumschubsen lassen, sondern ist seinen Weg gegangen. Und vielerorts hat die **SVP-Parteibasis** die Welt nicht mehr verstanden und eine Parole gegen den Parteibesitzer beschlossen. Wie nachhaltig das «gschmuuche» Gefühl in einem Teil der SVP-Wählerschaft ist, dass der Blocher vielleicht doch in erster Linie zu denen da oben gehört und sich nicht um die Interessen der kleinen Leute schert, wird sich zeigen.

Oder verhält es sich wie in einigen ehemaligen Ostblockländern, wo die Oligarchen sich die Stimmen der Armen kaufen? Denn wie der Tagi in einer Kommentar-Trouvaille mal scharfsinnig festgestellt hat: «Die Schweiz hat mit den Blochers nun eine **echte Oligarchenfamilie**: komplett mit eigenem Schloss, Partei, Firmen, Fabriken und Zeitungen.»

Abstimmungsmarathon im Februar-Kantonsrat: Beim Übertretungsstrafgesetz hagelte es Anträge der SVP. Bei §5 (Verunreinigung durch Kleinabfälle – neudeutsch: Littering)

beantragte die SVP die Möglichkeit der Wiedergutmachung. Während die Alternative Grüne Fraktion **einstimmig** dafür stimmte, war die SVP nicht geschlossen. So kam es, dass Stadträtin Vroni Straub für einen SVP-Antrag und Stadtrat André Wicki gegen seine eigene Fraktion stimmte.

«Wir sind eine grüne bürgerliche Wirtschaftspartei.» So betitelte die grünliberale Co-Präsidentin Michèle Kottelat ihren Jahresrückblick 2010. Seither wird gewerweiss, was denn jetzt vor allem: grün oder bürgerlich oder Wirtschaft? Seit der Majorzparole wissen wir es: vor allem **dumm**.

Ist es das Anlehnsbedürfnis an FDP und CVP? Oder hat die Wahl einer Grünliberalen in den Luzerner Stadtrat der Zuger GLP-Spitze den **Kopf verdreht**? Auch in den abwegigsten Politphantasien ist keine Konstellation vorstellbar, wo ein GLP-Kopf im Kanton Zug majorzfähig wäre. Nicht mal Ebinger in Rotkreuz ...

Kaum majorzfähig ist der **Gripen**. In seiner Neuen-ZZ-Kolumne «Berner Woche» outete sich Majorzfan Ständerat Joachim Eder als Kampfbomberfreund. Sparen für den Gripen ist gemäss Eder okay. Sind ja nur ein paar Milliarden, die zum Teil auf Kosten der AHV gehen sollen. Deshalb

hiess es dann am Samstag nach getaner Berner Woche «Rosen verteilen für Projekte von Fastenopfer und Brot für alle».

In Zug wird schon mal geübt: **Apéro pauvre** statt des angekündigten apéro riche – die 50-Jahrfeier des Grossen Gemeinderates Zug glänzte nicht nur mit Langeweile sondern auch mit einem lausigen Catering. Was nicht wenige zum fluchtartigen Verlassen des Anlasses nach dem offiziellen Teil bewegen hat. Keine Glanztat des neuen Leiters Gastronomie im Casino – zu befürchten hat Lukas Bollmann aber kaum etwas. Schliesslich ist er über eine der vielen FDP-Connections in dieser Stadt ins Casino gestolpert. Sein Vater Ulrich Bollmann ist zwar seit März 2012 nicht mehr VR-Präsident der Hotelbusiness Zug AG (Parkhotel etc.), welche die Casino-Restaurations führt. Aber geschadet hats ihm sicher nicht ...

Der BS14! (BS - Bürgerlicher Stadtrat) ist ja auch so eine FDP-Connection. BS14! Vizepräsident Kleeb war's aber trotzdem nicht: «BS14 hat mit dieser Sache nichts, aber auch rein gar nichts zu tun.» Doch Kleeb's Dementi in der Neuen ZZ änderte nichts daran: **Chris Oeuvray** ist ihren



Anlässlich des Genfer Autosalon ...

Job als Präsidentin der Stadtzuger FDP los. Aus freien Stücken sei sie zurückgetreten. Der völlig unbekannte Monsieur Mollet dürfte als Nachfolger die Staffage sein, hinter dem die wahren Machthaber dann umso ungestörter ihre Fäden ziehen können.

Mit der damaligen Wahl von Oeuvray erhofften sich manche eine liberale Öffnung der städtischen Freisinnigen. In diese Zeit fällt auch ein gewisses Engagement für eine bessere ausserhäusliche **Kinderbetreuung**. Das war einmal. Beim Familiengesetz war die Position der FDP nicht mehr unterscheidbar von derjenigen der SVP. Zitat aus der Kolumne einer FDP-Kantonsrätin kurz vor der Abstimmung: «Die Vorschriften und Anforderungen einer Krippe müssen heruntergefahren werden, da sie übertrieben sind und zusätzliche Kosten verursachen.»



Die Trennung der kantonsrätlichen Alternativen Grünen Fraktion von Rupan Sivaganesan hat der Fraktionschef Stefan Gisler in einem Mail an die Parteimitglieder kommentiert:

«Der Beschluss der Alternative Grünen Fraktion, die Zusammenarbeit mit Rupan Sivaganesan zu beenden, hat öffentliche und direkte Reaktionen ausgelöst. In vielen persönlichen Gesprächen spürten ich und die Fraktionsmitglieder viel Vertrauen – Danke.

In aller Kürze möchte ich aufgrund der Mediendarstellungen Folgendes festhalten: Es gab in den letzten Jahren Gespräche aufgrund verschiedener konkreter Begebenheiten, die das Vertrauen erschütterten. In diesen konnte das Vertrauen nicht hergestellt werden. Leider. Wir haben in der Fraktion den definitiven Entscheid aufgrund reiflicher Überlegung gefällt. Er wird von allen Kantonsrätinnen und -räten der Fraktion mitgetragen. Ein Gesprächsangebot durch die Fraktion hat Rupan Ende Februar kurzfristig abgelehnt.

Zur SP: Ich bedaure, dass die SP in Fraktionsinter-na der AGF hineingezogen wurde. Als Fraktionschef der AGF halte ich fest, dass ich und die AGF der SP-Fraktion sachpolitisch nahestehen. Die SP kann nicht in Verbindung mit dem Entscheid gebracht werden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen AGF- und SP-Fraktion war und ist uns allen sehr wichtig – so aktuell in der gemeinsamen Bekämpfung des Hooligan-Konkordats, bei unserem Einsatz gegen die Verschlechterung der Renten durch die Revision der Zuger Pensionskasse oder bei unserer Abstimmungskampagne gegen die Majorz-Initiative.»

Appassionata

Montag, 8. April 2013, 20 Uhr, Kino Gotthard. Die in Wetzikon lebende ukrainische Pianistin Alena Cherny hat den Traum, der Musikschule ihres Dorfes bei Tschernobyl einen Flügel zu schenken. Die Reise des Flügels wird zur Spurensuche an Orten ihrer Kindheit und Jugend. Alena Cherny lässt uns teilhaben an den vielen Abschieden und neuen Anläufen, die sie nehmen musste. Regisseur Christian Labhart porträtiert Alena Cherny ohne Scheu, auch ihre Emotionalität. Diese Ehrlichkeit macht die Künstlerin für das Publikum auf wundersame Weise greifbar. Vorstellung in Anwesenheit des Regisseurs **Christian Labhart** und evtl. auch von **Alena Cherny**.



Onkel Albin

Montag, 15. April 2013, 20.45 Uhr im Jugendkulturzentrum industrie45 in Zug. Der Regisseur Simon Fässler dokumentiert das Leben eines ungewöhnlichen Bauern; sein Onkel Albin Fässler ist ein Mann voller schräger Ideen: Sei es, dass er den Mist im steilen Gelände mit Sprengstoff verzettelt, Kunststoffröhren zwischen Felsen steckt, damit der Wind darauf pfeift oder als lebende Speiche in einem Schwungrad eine Strasse hinunterrollt. Dazwischen blitzt ganz unpathetisch das Lebens-

drama eines schlitzohrigen Aussenseiters auf, dem die selbst gewählte Exzentrik vielleicht die Psychoanalyse ersetzt hat. Vorstellung in Anwesenheit des Regisseurs **Simon Fässler** und evtl. auch von **Onkel Albin**.



Mama Illegal

Montag, 13. Mai 2013, 20.00 Uhr, Ed Moschitz porträtiert Mütter aus dem bitterarmen Moldawien, die als illegale Putzfrauen in Wien den Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen. Weil die illegale Einreise in den Westen teuer und risikobehaftet ist, sind Bildschirmkameras und Skype für viele Jahre die einzige Kontaktmöglichkeit zur Familie. So sehen die Frauen ihre Kinder aus der Ferne aufwachsen. Der mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Film zeigt schonungslos, was Armut bedeutet. Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Frauenzentrale Zug. Reduzierter Eintritt für Mitglieder der Frauenzentrale. Vorstellung in Anwesenheit des Regisseurs **Ed Moschitz**.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



26

Büchermail

Mein Lesetagebuch! Noch vor Weihnachten wurden wir BuchhändlerInnen grosszügig mit Lesexemplaren der Frühjahrsproduktion der Verlage eingedeckt. Spannend für uns ist es dann jeweils die «Perlen» in der Menge zu entdecken!

Gestartet bin ich mit dem neuen Buch von Elif Shafak, einer türkischen Autorin, die heute in den USA lebt:

Shafak Elif, Vierzig Geheimnisse der Liebe
Geschickt gelingt es der Autorin, einen Teil der Lebensgeschichte des grossen Dichters Rumi in einer Rahmenhandlung von heute unterzubringen. Diese ist wohl sozusagen als Transportmittel gedacht, damit es den LeserInnen besser gelingt in die Welt des mystischen Islam des 13. Jahrhunderts einzutauchen. Und wahrlich – die Liebesgeschichte von Rumi, dem Sufi-Dichter und Shams, dem Wanderderwisch ist unglaublich faszinierend und nicht nur für spirituell Interessierte eine grosse Bereicherung!



Das zweite Buch meines Lesejahres liess mich nochmals in die archaische Welt des Orients eintauchen:

Ahmad Jamil, Der Weg des Falken

Das Leben des Jungen Tor Baz ist der rote Faden, der sich durch diese kraftvolle Geschichte zieht. Spannend und eindrücklich wird die Welt der nomadisierenden Stämme im Grenzbereich von Iran, Afghanistan und Pakistan beschrieben. Ein überaus hartes Leben, vor allem auch für die Frauen. Archaisch ist ja mitnichten romantisch. Blutfehden, Stammeszwiste, Mädchenhandel gehören zu dieser Lebensweise – aber auch Liebe und Mitgefühl!



Das dritte Buch führte mich nach Sardinien. Im April wird das neue Buch von Milena Agus erscheinen. Ich habe alle ihre Bücher gelesen und auch ihr neues ist wieder grossartig!

Agus Milena, Die Welt auf dem Kopf

Ein Haus in der Altstadt von Cagliari. Bewohnt von ganz unterschiedlichen,

scurrilen und lebenswerten Menschen. In der kleinsten und dunkelsten Wohnung lebt Anna, eine Frau mit drei Jobs, einer wunderbaren Stimme und einem grossen Herzen!

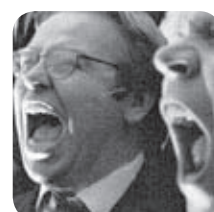


Für die nächsten 20 Tipps reicht leider der Platz nicht aus. Also mach ich's kurz!

Unbedingt lesen:

- **Silvio Blatter**, Vier Tage im August
- **Eva Menasse**, Quasikristalle
- **Ralph Dutli**, Soutines letzte Reise
- **Jon Kalman Stefansson**, Das Herz des Menschen

Ich wünsche allen einen wunderschönen Frühling!
Susanne Giger



Mittwoch, 3. April, Alternative Monatsbar
ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen CSP
ab 20 Uhr, Thema Majorz

Donnerstag, 4. April, Alternative – die Grünen Baar
Jahresversammlung
19.00 Uhr, Pflegezentrum Baar

Freitag, 12. April, Grüne Steinhausen
19.00 Uhr, Generalversammlung im Rest. Rössli

Samstag, 27. April, die Grünen Schweiz
Delegiertenversammlung Grüne in Biel, ab 17 Uhr, Geburtstagsfest «30 Jahre Grüne Partei» in Biel

Mittwoch, 1. Mai, Motto: Faire Löhne, bessere Renten
ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz Zug
Hauptredner: David Roth, Präsident JUSO CH und Andi Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne CH, weitere RednerInnen von Unia, VPOD, SEV
Danach offenes Mikrofon
Musik: Trubadueli (Ueli Stampfli, Zug)
Diverse Ess- und Infostände

Samstag, 11. Mai, Politcafé zur Abstimmung Majorz/Proporz
9.30 Uhr, Café Martinspark

Dienstag, 14. Mai, Alternative – die Grünen Menzingen
19.30 Uhr, Generalversammlung



**Samstag, 25. Mai,
Gleis 3 Alternative Risch
Rotkreuz**

Fest Risch Rotkreuz 4you
ab 11 Uhr, Werbepoststand auf
dem Festplatz (beim
Sportplatz)

**Montag, 27. Mai,
Gleis 3 Alternative Risch
Rotkreuz**

Parteiversammlung
Besprechen der Geschäfte
zur Gemeindeversammlung
vom 3. Juni
19.30 Uhr, SiZi Kirchge-
meinde im Dorfmat

**Mittwoch, 5. Juni,
Alternative Monatsbar**

18.30 Uhr, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen KriFo Alternative
Cham
ab 20 Uhr, Jahresversamm-
lung Alternative – die
Grünen Zug

**Dienstag, 11. Juni,
Forum Oberägeri**

20 Uhr, Mitgliederver-
sammlung, Pfrundhaus
Oberägeri

**Dienstag, 25. Juni,
Gleis 3 Alternative Risch
Rotkreuz**

Generalversammlung
19.30 Uhr, SiZi Dorfmat

**Samstag, 7. September,
Forum Oberägeri**

17 Uhr, Generalversamm-
lung, Pfrundhaus Oberägeri,
anschliessend Grillabend
an der Eggstr. 4A

**Die Alternativen im
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen
Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
native – die Grünen Zug:

Montag 14–18 Uhr

Dienstag 9–13 Uhr

Donnerstag 9–13 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz
Postfach, 6340 Baar
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin
Postfach 112, 6313 Menzingen
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**

Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch

Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123, 6312 Stein-
hausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug

Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

KriFo Alternative Cham

Sha Ackermann und Roman
Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat**

www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN

Nr. 1, März 2013
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:

Verein DAS BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:

Natalie Chiodi
Hansjörg Glauser
Jonas Feldmann
Philippe Koch
Lorenzo Martinoni

Gestaltungskonzept:

S.H.E.D. GmbH

Produktion:

Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:

Paula Gisler

Nutzaufgabe:

800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:

Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss

Nr. 2/2013:

14. Juni 2013

Erscheinungsdatum:

Donnerstag 5. Juli 2013

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

